Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17
Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11–12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u Feiertags in Halle a S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27.
Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 87

Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.–; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld.

Halle, Freitag, den 15. April 1921

... Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalte en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr

5. Jahrgang.

Aufruhrdebatte im Landtag.

Zwei Seelen und ein Gedanke.

Es hat wieder einmal vorzüglich geklappt — nämlich die Uebereinstimmung der Bolschewisten von rechts und links nicht nur in der Kampfesweise, sondern auch in einem der vorläufigen Endziele. Beseitigung der sozialdemokratischen Minister, Kriegshetze gegen die Entente, Herstellung eines Scherbenberges in Preußen und Deutschland. Herr Eberlein, der offenherzige Kommunist, machte den Deutschnationalen eine regelrechte Liebeserklärung. Und Herr Graef-Anklam von den Deutschnationalen ließ seiner Wut freien Lauf, daß es diesmal nicht geglückt ist, die Niederlage der Kommunisten zu einer Niederlage des gesamten Sozialismus zu machen und auf dem Trümmerhaufen triumphierend die schwarz-weiß-rote Fahne aufzuziehen. Das hätte den Herren so gepaßt, daß die Reichswehr in voller Stärke angerückt wäre, durch ihr Vorgehen den allgemeinen Bürgerkrieg provoziert hätte und mit blutigem Lorbeer in ein jubelndes Berlin eingezogen wäre. Aber Genosse Severing hütete sich wohlweislich, darauf hereinzufallen und soll es jetzt mit seinem Haupte büßen. Unser Genosse Krüger stellte die deutschnationale Heuchelei vortrefflich bloß und gab ein anschauliches Bild von dem geradezu verblüffenden Zusammenarbeiten der Bolschewisten beider Extreme Der Unabhängige Kleinspehn sagte dem Kommunisten auch manche derbe Lektion. **Morgen wird Genosse Severing sich mit seinen Angreifern auseinandersetzen.**

6. Sitzung. Donnerstag, den 14. April 1921, nachm. 2 Uhr.

Präsident Leinert teilt mit, daß Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) seinen Wahlauftrag zurückgegeben habe. (Bedauern und Heiterkeit.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die große Anfrage Graef-Anklam (D. N.) über den kommunistischen Aufstand in der Provinz Sachsen. — Minister des Innern Severing erklärt sich zur Beantwortung bereit.

Abg. Graef-Anklam (D. N.): Trotzdem die Rechtspresse rechtzeitig auf die großzügige Vorbereitung neuer Aufstandsversuche hingewiesen hat, und auch der Reichstag sich sehr ernst über die kommunistische Gefahr aussprach, hat die preußische Regierung nichts zur rechtzeitigen Verhinderung des Aufstandes getan. Noch nach unverhüllten Drohungen der kommunistischen Presse hielt der Minister des Innern alle Befürchtungen für gegenstandslos. Die friedliche Bevölkerung der Provinz Sachsen hat diese Sorglosigkeit büßen müssen. Die Schutzpolizei hatte nicht weniger als 38 Tote und 65 Schwerverwundete zu beklagen. (Hört, hört, rechts.) Es ist unermeßlicher Schaden angerichtet worden. Das Reich des Herrn Hörsing ist zu einem Trümmerhaufen des Staatsgedankens geworden. Seine Provinz ist zu einem Versuchslaboratorium für Unabhängige und kommunistische Landratsanwärter geworden. (Heiterkeit.) Im Januar, als alle Welt von der kommunistischen Gefahr sprach, versicherte Herr Hörsing einem Berichterstatter, daß an der kommunistischen Geschichte nichts wahr sei. (Redner richtet eine Reihe schwerer Vorwürfe gegen den Oberpräsidenten Hörsing.) Der Minister, der für diese Unterlassungen mit verantwortlich ist, muß mit Hörsing in das nichtamtliche Nirwana zurücksinken. Die Schutzpolizei verdient den herzlichsten Dank aller ordnungsliebenden Elemente. Die Pflichttreue der Truppen war ein Ergebnis der Erziehungsarbeit der alten Armeeoffiziere. (Aha-Rufe links.) Von dem unerhörten Spitzelsystem der Zivilkommissare hat Herr Hörsing von allen Oberpräsidenten als einziger Gebrauch gemacht. Am Narrenseil ausländischer Juden haben sich verhetzte deutsche Arbeiter gegen ihr eigenes Fleisch und Blut führen lassen. (Lärm bei den Komm.) Unter den Augen der Regierung wird in Berlin in der Luisenstraße ein Paßbüro für bolschewistische Agenten unterhalten, an das auch der bekannte Parvus seine Freunde zu verweisen pflegt. (Hört, hört.) Der schwerste Vorwurf ist Herrn Severing deshalb zu machen, weil er das Eingreifen der Reichswehr verhindert hat. (Beifall rechts, Lärm links.) Weshalb hält man denn die Reichswehr, wenn man sie nicht für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzt? Der Aufstand ist auch noch garnicht endgültig unterdrückt. Moskau und die „Rote Fahne“ erklären übereinstimmend, daß es sich nur um einen vorläufigen Waffenstillstand handelt. (Lebhaftes sehr richtig bei den Komm., lebhaftes Hört, hört, rechts.) Es ist eine politische Perversität, erst dann Polizei einzusetzen, wenn die Bevölkerung unter den kommunistischen Banden das Schlimmste erduldet hat. Am Ende verlangt man noch von den Hinterbliebenen, daß sie dem Herrn Oberpräsidenten ihren besonderen Dank für die Fürsorge aussprechen sollen. (Großer Lärm links! Zurufe Hetzer!) Das Ministerium des Innern muß endlich in solche Hände gelegt werden, die tatkräftig zugreifen, um Ruhe und Ordnung im Lande zu schützen. (Anhaltender Beifall rechts, Zischen und Lärm links.)

Die Kommunisten beantragen, dem Staatsministerium das Vertrauen zu entziehen und fordern in einem weiteren Antrage **Aufhebung des Ausnahmezustandes und Beseitigung der Ausnahmegerichte.**

Abg. Eberlein (Komm.): Tag für Tag werden in Deutschland ungeheure Urteile gefällt und hohe Gefängnisstrafen verhängt. Letzthin wurden 18 Angeklagte zu insgesamt 88 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Hört, hört, links.) 672 Arbeiter sitzen im Gefängnis und eine gewisse Presse wagt von einem roten Terror in Deutschland zu sprechen! Die Dynamitanschläge, die den Kommunisten zugeschrieben werden (Gelächter rechts) sind von den Agenten der preußischen Regierung angestiftet worden. Das hat unter anderem der Kommunistenprozeß in Halle bewiesen. Der Lockspitzel Roth war von der S. P. D. zur K. P. D. — allerdings **nicht aus Ueberzeugung — übergetreten und wurde von der Regierung bezahlt.** Der zum Tode verurteilte Jacob hat mit der kommunistischen Partei nichts zu tun, er war im Gegenteil ein entlassener Reichswehrangehöriger. Wir lehnen die Attentate ab, weil sie nicht im Interesse des Proletariats gelegen sind. Oberpräsident Hörsing hat es verstanden, die Arbeiter zu reizen, um sie niederschlagen zu können. Die Unternehmer wissen, woran sie heute sind! Beispielwirkend muß der neue Anstellungsvertrag in den Leunawirken wirken, der zu Ueberstunden gesetzlich verpflichtet und eine gesteigerte Ausbeutungsmöglichkeit ergibt. Die Schuld an der Niederlage tragen die schamlosen Verräter, die die Aufgabe gehabt hätten, die kämpfenden Arbeiter zu unterstützen, statt dessen aber ihnen in den Rücken fielen. (Sehr war bei den Komm. — Lärm bei den Soz.) Es gibt hier kein anderes Ziel, als die Niederkämpfung der Bourgeoisie. Die Ausgleichung der Besitzverhältnisse, die Vorbedingung der wahren Demokratie, ist nur auf dem Wege des offenen Kampfes möglich. Wir sagen den Arbeitern: Seht euch eure eigenen Führer an. (Zurufe: Sehr wahr! Levi!) Seht euch die rechtssozialistischen Minister an, die als Agenten der Orgesch der Reaktion Bütteldienste leisten! Die Deutschnationalen mag ich viel besser leiden. (Stürmische Heiterkeit!) Der Kampf war deshalb notwendig und wichtig, weil durch ihn die Freunde und Feinde des Proletariats offenbart wurden. Er war das erste Gefecht. Das Proletariat wird von Niederlage zu Niederlage schreiten, bis die revolutionären Arbeiter (Zuruf: Tot sind! Heiterkeit) die Burgeoisie niedergerungen haben. Einer von beiden muß sterben — die reaktionäre Bourgeoisie und ihre Helfer oder das revolutionäre Proletariat. (Heiterkeit — Beifall bei den Komm.)

Abg. Krüger-Potsdam (Soz.) **begründet einen Antrag, der die Beschränkung der Sondergerichte auf die Bezirke verlangt,** in denen der Ausnahmezustand verhängt ist, und für Jugendliche ordentliche Gerichte, sowie im übrigen Sicherheiten für ein geordnetes Verfahren fordert. In der Unterhöhlung der Staatsautorität, die Herr Graef so scharf verurteilte, leisten seine Freunde dasselbe wie die Kommunisten. Zwischen beiden herrscht eine merkwürdige Uebereinstimmung der Kampfesweise und der Kampfesziele. Jugendliche Verbrecher gibt es nicht nur bei den Kommunisten — der jugendliche Mörder Eisners und der Urheber der Attentate auf Erzberger wurden gerade in der Herrn Graef nahestehenden Presse als nationale Helden gefeiert. Herr Graef hat sich darüber beschwert, daß die Regierung die Pressemeldungen über Kommunistenaufstände nicht ernster nahm. Das ist begreiflich, wenn man beobachtete, wie die Rechte und Linke sich in Schauernachrichten über Putsche gegenseitig überboten. Es schien geradezu als wenn die Mobilmachungspläne gegenseitig ausgetauscht wären. Graf Posadowsky hat festgestellt, daß der Kapp-Putsch erst die spartakistische Bewegung ausgelöst hatte. Rechts und Links arbeiten sich immer gegenseitig in die Hände. Die deutschnationalen Landräte und Gemeindevorsteher haben ihre Pflicht beim Kapp-Putsch viel schändlicher verletzt als jetzt angeblich sozialistische Beamte. Die Bluttaten in Breslau seitens der Rechtssozialisten, die der Auluck-Prozeß u. a. enthüllt hat, stehen nicht hinter den kommunistischen zurück. Auch die Feindschaft der Freunde des Herrn Graef gegen russische Ausländer ist sehr einseitig. Der deutsche Landbund hat sich der Rückführung der bolschewistischen Gefangenen heftig widersetzt, weil er die Russen als Arbeitskräfte braucht.

Daß der Minister die Reichswehr in dem Aufstand nicht eingesetzt hat, halten wir für einen Akt außerordentlicher politischer Klugheit.

Der Reichsminister hat erklärt, daß die Reichswehr viel weniger geeignet sei, für Unterdrückung innerer Unruhen als die Schutzpolizei.

Das Einsetzen der Reichswehr hätte große Massen von Arbeitern auf die Seite der Kommunisten getrieben. Der Rechten kam es ja nur darauf an, aus der Niederlage der Kommunisten eine Niederlage der gesamten Arbeiterschaft zu machen. (Sehr wahr bei den Soz.) In einem Punkte waren sich Deutschnationale und Kommunisten einig. Die Sozialdemokraten und ihre Minister haben an allem Schuld. (Sehr richtig rechts und bei den Komm.) Nach der Liebeserklärung Eberleins an die Deutschnationalen ist ja die Bahn frei für die Tüchtigen auf beiden Seiten; vielleicht bilden sie dann die neue Regierung zusammen. (Heiterkeit.) Wir würden durch eine bequeme Opposition unsere Parteiinteressen viel mehr fördern können, aber wir arbeiten in der Regierung mit Bürgerlichen zusammen, weil wir mehr Verständnis für die Not des Volkes haben als Sie (nach rechts). Ohne Orgesch, ohne Kapp-Putsch wären die Kommunisten bedeutungslos, ohne Kommunisten säßen Sie (zur Rechten) nur halb so zahlreich in diesem Hause. Herr Paul Levi, den Eberlein allerdings schon in ziemlich durchsichtiger Weise als Renegaten und Verräter bezeichnet, führt in seiner Broschüre selbst aus, daß dieser Putsch nicht von anderen provoziert worden ist, Allerdings weiß er selbst nicht, von wem die Hetze eigentlich ausging. Jedenfalls hat er Recht, wenn er die Anstifter der Aktion als Kindsköpfe bezeichnet, die man in jeder anderen Partei in die Kaltwasserheilanstalt schicken würde.

Sie (zu den Komm.) sind sich des großen Unglücks, daß Sie über Ihre Angänger bringen, bewußt.

Die „Rote Fahne“ hat vom 17. März an systematisch aufgehetzt, in der Verhandlung der kommunisten Zentrale wurde erklärt, eine Demonstration genüge nicht, es sei der unmittelbare Kampf erforderlich. Es wurde zum Generalstreik aufgefordert, zur Verbrüderung, um einen Kern der Roten Arme zu bilden. Bald darauf erschallte das kommunistische Geschrei, daß die Polizei den Kampf provoziert habe. Endlich konnte die „Rote Fahne“ verkünden: „Wir haben die Sipomörder gezwungen, aus ihrer wohlbedachten Reserve herauszutreten, es ist Blut geflossen!“ **Wir Sozialdemokraten protestieren auf das schärfste,** wenn sich heute die Kommunisten nachträglich im Namen des gesamten Proletariats gegen den Putsch aussprechen. Dieser wurde, nicht von Arbeitern, sondern von einem kleinen Teile irregeleiteter Arbeiter, zum größten Teil aber von Elementen aus dem Verbrechertum durchgeführt.

Wir haben schärfstes Mißtrauen gegen die Ausnahmegerichte mit ihrem abgekürzten Verfahren. Zur Abneigung der Arbeiter gegen sie trägt besonders das Geschrei der Rechtsparteien bei, die gegen die Urteile gegen Kappverbrecher und ihre Nichtverfolgung keinen Tadel übrig hatten. Das Vertrauen zur Justiz wird nicht gefördert, wenn man an die Prozesse der Hiller, Kessel, Marloh und dergleichen denkt, bei denen man immer das Gefühl hatte, als hatten nicht Staatsanwälte, sondern deutschnationale Parteisekretäre gerichtet. Zum Falle Sült habe ich schon an anderer Stelle gesprochen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß hier eine scharfe Untersuchung eingeleitet werde und daß, wenn eine Schuld bei der Behörde vorliegt, unnachsichtlich vorgegangen wird. Aber Sie (zu den Komm.), die Sie wochenlang zu Morden aufgerufen, haben keine Ursache, sich weder über die Gerichte noch über den besonderen Fall Sült besonders zu entrüsten. Sie haben in menschlicher, moralischer und sittlicher Beziehung das Recht dazu verwirkt. Die Mitteilung über den unlängst von den Kommunisten bis zu einer breiigen Masse zerschlagenen sozialdemokratischen Gauleiter des „Bergarbeiterverbandes in Mörs“, veranlaßte die kommunistische „Freiheit“-Düsseldorf zu den greulichsten Beschimpfungen und Verhöhnungen, in denen sie ihre Genugtuung über diesen unmenschlichen Akt ausdrückte. Die kommunistischen Putschisten würden bei einem Schwurgericht nicht besser wegkommen als bei einem Sondergericht. Sie wollen allerdings ein Gericht nach kommunistischem Muster. Wahrscheinlich aber nicht nach sowjetistischem Muster, weil man dort ohne Sonder- und Schwurgerichte die Widerspenstigen einfach an die Wand stellt. Für die Sondergerichte müssen besondere Rechtsgarantien geschaffen werden. — Wie die kommunistischen Führer ihren verhetzten Massen im Kampfe vorangehen, wie sie auf dem Platze geblieben sind, das haben wir diesmal gesehen (Heiterkeit.) Selbst Herr Scholem, der seine aufreizenden Artikel mit seinem Namen deckt, fühlt sich viel wohler in unserem Kreise hier im Hause und überläßt es anderen, für seine Ideen zu fallen. Auch der Aktionsausschuß hat das Leunawerk vor der Besetzung verlassen. Andere sind rechtzeitig nach Rußland ausgewandert. (Lärm bei den Komm.) Ich kenne sogar einen Herrn, der sich in den Kapptagen seinen schönen Kopfschmuck und Bart abnehmen ließ. — Es war Herr Adolf Hoffmann (Große Heiterkeit.) Wenn die Kommunisten für ihre Aktionen einen gewissen Boden finden, dann haben sie sich bei den Rechtsparteien zu bedanken. Wir sind überzeugt, daß trotz allem die Massen der Arbeiterschaft einig sein werden in dem Augenblicke, in dem eine Regierung nach dem alten System aufgerichtet werden sollte. Der einzige Machtfaktor der Arbeiterschaft ist die Sozialdemokratie, denn die Kommunisten kämpfen nicht gegen rechts, sondern gegen die Arbeiterschaft selbst. Unsere Aufgabe bleibt, die breiten Massen der Arbeiterschaft vor dem va banque-Spiel sowhl der Rechten als auch der Kommunisten abzuhalten und sie in geschlossener Masse zu ihrem Ziele zu führen. (Langanhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Kleinspehn (U. Soz.): Wir wenden uns schärfstens gegen den Zwang der kommunistischen Partei, der Arbeiterschaft weitere sinnlose Opfer aufzuerlegen, wir lehnen solche wahnsinnigen Aktionen ab, bei denen unausgesetzt mit den Arbeitern gespielt wird, einzig und allein zum Zwecke festzustellen, wie weit die Arbeiterschaft gereizt sei. In den kommunistischen Agitationen lieg nicht der geringste Versuch, das sozialistische Bewußtsein und die proletarische Gesinnung zu stärken. In Mitteldeutschland haben die Kommunisten alle Erfahrungen des westeuropäischen Klassenkampfes auf den Kopf gestellt. Die Kommunisten setzten an die Stelle des Klassenkampfes den Bürgerkrieg. Sie haben in Mitteldeutschland die Wehrpflicht in den brutalsten Formen eingeführt. Mit ihrer Aufreizung zum Blutvergießen haben sie an der Arbeiterschaft das größte Verbrechen begangen. Wenn Sie (nach links) Rosa Luxemburg mehr gelesen hätten (Zuruf der Komm. Schänden Sie Rosa nicht!), so würden Sie wissen, daß der politische Massenstreik nicht willkürlich vom Zaune gebrochen wird. Die Solidarität des Proletariats halten auch wir hoch, aber sie ist von den Kommunisten gemißbraucht, indem eine kleine Minderheit die Unterstützung einer unsinnigen Aktion durch das gesamte Proletariat verlangte. Freilich leistet die kapitalistische Taktik gegenüber den Arbeitern dem bolschewistischen Wahnsinn Vorschub. Die Unternehmer haben nur darauf gewartet, ihre Betriebe stillzulegen und die Arbeiter brotlos zu machen. Die Kapitalisten haben kein Recht, sich über die Gewalttaktik der Kommunisten zu beklagen. Hörsings Vorgehen war falsch, er hätte sich rechtzeitig die Unterstützung der Arbeiterorganisationen sichern sollen. Aber die Reaktion hat nur geerntet, was sie jahrelang gesät hat: Die Not und den Haß. Sie überträgt immer noch die Methoden des auswärtigen Krieges auf die innere Politik. Den barbarischen Ausnahmegerichten müssen die Arbeiter die proletarische Einheitsfront gegenüberstellen. Der Kampf gegen die Ausnahmegerichte ist ein Kampf gegen jede Klassenjustiz für das einfachste menschliche Recht. Wir treten ein für den sozialistischen Aufbau unter Ablehnung aller Putschtaktik und Attentate, die nur zur Verelendung der Arbeiterklasse dienen. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Präsident Leinert teilt mit, daß der Antrag Eberlein (Komm.), der als zweiter Punkt auf der Tagesordnung steht und der Regierung das Mißtrauen **aussprechen will, nicht die verfassungsmäßig notwendigen 30 Unterschriften trägt und deshalb von der Beratung ausscheidet.**

Abg. Dr. Meyer (V. K. P. D.) protestiert.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Uebergang der Wasserstraßen an das Reich. Rest von heute. Schluß gegen 8 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0001

Feiert den 1. Mai!

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund ergeht an die gesamte Arbeiterschaft der Welt der Ruf, sich am 1. Mai zu machtvollen Kundgebungen zu vereinigen und ihre Solidarität mit den Klassenforderungen des internationalen kämpfenden Proletariats zu bekunden. Auch die **deutsche Arbeiterschaft** wird sich, wie in früheren Jahren, an dieser Demonstration beteiligen. Mag auch für sie ein Teil der Forderungen erfüllt sein, für deren Erkämpfung vor 32 Jahren die Maifeier beschlossen wurde, so bedarf es doch zu ihrer vollen Sicherung der gesetzlichen Einführung in allen Ländern, wie dies von der Washingtoner Internationalen Arbeiterschutzkonferenz verlangt wurde.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß sich einig mit der Arbeiterschaft der gesamten Kulturwelt im rastlosen Kampfe für die

völlige Verwirklichung des Achtstundenarbeitstages

und der übrigen Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes.

Aber die Not der Arbeiterklasse erschöpft sich nicht in drückender Arbeitsfron. Sie wird verschärft durch die **Geißel der Arbeitslosigkeit**, die täglich größere Opfer fordert. Die deutsche Arbeiterschaft wird besonders schwer getroffen durch die

Gewaltpolitik des Ententekapitalismus,

der den Krieg gegen **das unterlegene Deutschland mit wirtschaftlichen und militärischen Machtmitteln weiterführt und die Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens hindert.**

Die Maikundgebung muß sich zu einem wirksamen Protest gegen diese Vergewaltigungspolitik der **kapitalistischen Weltmächte** ausgestalten. Auch die Arbeiter der Ententeländer leiden unter diesem Widerstand, denn die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands legt auch ihre Industrien still. Sie stimmen mit uns überein in dem Ruf nach einer internationalen Befriedung und Sanierung der Wirtschaft.

Endlich vereinigen wir uns mit ihnen in unserem Kampfe für die Sozialisierung der Produktionsmittel. In den größeren Industrieländern rüstet sich die Arbeiterschaft für die

Sozialisierung des Kohlenbergbaues

und der Gewinnung der übrigen Erdschätze, die allenthalben die Grundlage des Wirtschaftslebens bilden. Das Gesamtwohl der Menschheit darf nicht länger einer Handvoll von Monopolisten ausgeliefert werden. Der Widerstand der Unternehmerklasse gegen jeden Fortschritt der Gemeinwirtschaft muß in zähem Kampfe überwunden werden.

Die unterzeichneten Vorstände der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands rufen daher die deutschen Arbeiter und Angestellten auf,

am 1. Mai

in allen Versammlungen zu demonstrieren:

für die Durchführung des internationalen Arbeiterschutzes in allen Ländern,
für die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch internationale Wirtschaftsgesundung,
für die Sozialisierung der Bodenschätze,
für die internationale Arbeitersolidarität,
für einen wirklichen Weltfrieden!

Berlin, 13. April 1921.

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
Th. Leipart.

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.
Aufhäuser. Süß.

Die Regierungskrise in Preußen.

Die Regierungsbildung in Preußen ist anscheinend neuerdings ins Stocken geraten. Das Auftauchen von drei sozialdemokratischen Ministern auf der provisorischen Ministerliste hat bei den Rechtsparteien fürchterlich enttäuschend gewirkt. Das wundert uns nicht. Die Sozialdemokratie war von allem Anfang an der Meinung, daß sich mit der Deutschen Volkspartei keine Regierung bilden lasse. Die Deutsche Volkspartei redete immer davon, daß die Vorherrschaft der Sozialdemokratie in Preußen gebrochen werden müsse. Wenn man aber genauer hinhörte, dann erkannte man, daß die Deutsche Volkspartei schon allein an der Neubesetzung des Innenministeriums mit Severing nicht vorrüber kam. Eine wüste Hetze in den Blättern der Rechten, die bis zur Stunde noch andauert, ja sich steigert, sollte Severing als Minister unmöglich machen. Es war die klare Absicht der Deutschen Volkspartei, die Sozialdemokratie in der preußischen Regierung völlig kaltzustellen. Da Siegerwald als Arbeiterführer die große Arbeiterpartei in Preußen, die Sozialdemokratie, nicht ausschalten wollte, zog er sich den Haß der Rechtsparteien zu. Die Rechtspresse versucht nun, Siegerwald einzuschüchtern. Sie spricht wieder von dem „kaudinischen Joch", dem sich Siegerwald nicht unterwerfen dürfe, wenn er nicht seine ganze politische Zukunft aufs Spiel setzen wolle. Durch die Drohungen hindurch klang; jedoch auch die Furcht, es könne vielleicht doch so kommen, daß die Sozialdemokratie auch fünftighin in Preußen immer noch ein kräftiges Wort mitzusprechen habe.

Die Dinge sind nun an einem außerordentlich kritischen Punkt angekommen. Die Entscheidung darüber, ob der Kurs nach rechts oder nach links gehen soll, muß in kurzer Zeit fallen. Eins ist bereits völlig klar geworden: ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wer bis jetzt noch in dieser Richtung einige Hoffnungen hatte, der muß durch die Haltung der Deutschen Volkspartei in den letzten Tagen eines anderen belehrt worden sein. Es gab von allem Anfang an nur die eine Lösung: Wiederherstellung der alten Koalition. Unter diesem Gesichtspunkt wurde seinerzeit der Wahlkampf geführt. Die drei Koalitionsparteien führten ihn zusammen unter diesem Gesichtspunkt. Die Sozialdemokratie blieb sich konsequent. Sie ging bei den Wahlen von staatspolitischen Erwägungen aus und zeigte damit, daß sie für das parlamentarische Regierungssystem genügend Verständnis besaß. Wenn das Zentrum zusammen mit den anderen Koalitionsparteien den Wahlkampf um die Erhaltung der Koalition führte und zu gleicher Zeit erklärte, die Deutsche Volkspartei müsse künftig zur Regierung herangezogen werden, so ist das eine Ungereimtheit, über die wir aber weiter keine Worte verlieren wollen.

Die Deutsche Volkspartei geht aufs Ganze. Sie will unter allen Umständen, wenn auch etwas auf Umwegen, eine bürgerliche Regierung in Preußen herbeiführen; denn sie weiß ganz genau, daß die Sozialdemokratie die Bedingungen der Volksparteiler nicht annehmen kann.

Rechts oder links? Die Entscheidung muß fallen. Bald; denn die Zeit drängt.

Gescheiterte Regierungsbildung. Nach den gestrigen interfraktionellen Besprechungen betrachten die heutigen Berliner Blätter die Bildung eines Koalitionsministeriums in Preußen als gescheitert und sehen nur noch in einem unpolitischen Uebergangsministerium eine Lösung der Frage.

Die Reverse für kommunistische Abgeordnete wirken.

Eine kommunistische Ueberraschung gab es in der Mittwoch-Sitzung der Hamburger Bürgerschaft. Das Mitglied des Reichstages, Hermann Reich, legte, wie der Präsident der Bürgerschaft mitteilte, ebenso wie seine beiden Fraktionsgenossen Wagner und Hindenburg, sein Mandat der Hamburger Bürgerschaft nieder, erschien aber im Laufe der Sitzung im Saal und teilte zur allgemeinen Ueberraschung dem Präsidenten mit, daß ihm von seinem Rücktrittsgesuch nichts bekannt sei. Der Präsident ordnete eine Prüfung der Sache an und erklärte, daß Reich bis zu deren Ergebnis als Mitglied der Bürgerschaft zu gelten habe.

Dieser Angelegenheit liegt folgender Tatbestand zugrunde: Die kommunistischen Parlamentsabgeordneten mußten vor ihrer Wahl eine Blankovollmacht unterschreiben, wonach sie jederzeit ihr Mandat niederlegen, wenn es die „Parteileitung wünsche. Diese Erklärung ist von der Hamburger Kommunistenpartei kurzerhand benutzt worden, um den mißliebigen Reich aus dem Parlament hinauszubefördern, und man hat einfach seine vorher gegebene Unterschrift zu dieser Mandatsniederlegung ohne sein Wissen benutzt! Gegen Reich schwebt ein Verfahren wegen Diebstahl, Urkundenfälschung und Unterschlagung, welcher Delikte er sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Reichsverbandes der Vorbestraften" schuldig gemacht haben soll, und der Generalstaatsanwalt hat auch Aufhebung der Immunität gegen ihn beantragt. Die Angelegenheit seines Zwangsaustrittes aus der Hamburger Bürgerschaft ist aber jedenfalls nicht darauf zurückzuführen, sondern auf sein Verhalten beim März-Putsch.

Vermeidung des englischen Generalstreiks?

London, 14. April. (Reuter.) Das Land ist nunmehr völlig darauf vorbereitet, den Streik der Eisenbahner und Transportarbeiter morgen abend ausbrechen zu sehen. Anscheinend besteht keine Hoffnung, daß ein Uebereinkommen erzielt wird, da die Haltung der Bergarbeiter und Grubenbesitzer unverändert ist. Eine heute stattgefundene Besprechung zwischen den Vertretern der Eisenbahner und Transportarbeiter und Mitgliedern der Regierung, bei der die ersteren eine formelle Antwort auf Lloyd Georges getrieben Brief gaben, zeigte, daß ihre Stellungnahme in der Frage der nationalen Löhne die gleiche ist wie die der Bergarbeiter und daß sie für das gleiche Prinzip kämpfen. Die Besprechung führte zu keinem Ergebnis. Der Urlaubung von Freiwilligen dauert an. Im ganzen Lande herrscht vollständige Ruhe.

TU. London, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Grubengesellschaften haben den Bergarbeitern neue Angebote gemacht, um den Generalstreik zu vermeiden. Cynes, der Führer der Arbeiterpartei, erklärte, daß die Verhandlungsmöglichkeiten immer noch bestehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der auf heute abend angesetzte Generalstreik vermieden werden kann.

Ein Verstoß gegen die Gewerkschaften im besetzten Gebiet.

TU Duisburg, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) **Die Polizeiverwaltungen des besetzten Gebietes haben von den Besatzungsbehörden den Befehl erhalten, auf schnellstem Wege einen Fragebogen von den Gewerkschaften ausfüllen zu lassen, der genaue Angaben über die Vorstandsmitglieder, die politische und wirtschaftliche Richtung der Organisationen, die Anzahl der Ausstände politischer und wirtschaftlicher Art und die Namen der tätigen Mitglieder verlangt. Die Gewerkschaften haben erklärt, daß sie diese Anordnungen der Franzosen ablehnen, da nach deutschem Gesetz die Grundlagen für die Beantwortung des Fragebogens nicht gegeben seien. Die Gewerkschaften sind gewillt, auch schärferen Maßnahmen der Besatzungsbehörden gegenüber fest zu bleiben.**

Rußlands Aufträge für Deutschland.

TU. Riga, 15. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Eisenbahnkommission verlangt nähere Angaben über die im Auslande gemachten Bestellungen. Im ganzen sind 2000 Lokomotiven zu bestellen, davon 1000 in Deutschland. In Deutschland sind ferner 100 Lokomotiven fest bestellt worden; doch werden die Entwürfe und Anweisungen in allen anderen Staaten für Rußland zu bauenden Lokomotiven von einer Firma in Kassel ausgefertigt. Das Moskauer offizielle Wirtschaftsblatt schreibt, daß Deutschland besonders Maschinenteile um 50 Prozent billiger liefere als Schweden und England und an Schnelligkeit in den Lieferungen alle übertreffe. Die im Oktober bestellten 15 000 Tonnen Eisenbahnmaterial sind bereits im Dezember abgeliefert worden. Unvergleichlich günstiger sind auch die deutschen Zahlungsbedingungen.

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Noch etwas gab es, erklärte der alte Mike, wobei der Bergmann gänzlich vom guten Willen anderer abhing; das war das Stehlen beladener Karren. Jeder Bolthauer besaß eine Anzahl Beschichtchen, auf denen seine Nummer stand; ließ er einen beladenen Karren ab, so wurde das Schildchen an einem Haken an der Innenseite befestigt. Auf der langen Fahrt zum Kipperraum ereignete es sich nun oft, daß das Blechschild vertauscht wurde, und dann war der Karren für den Bergmann verloren. In einigen Gruben wurde die Nummer bloß mit Kreide auf den Karren geschrieben und es fiel gar zu leicht, sie fortzuwischen, und durch eine andere zu ersetzen! Hal meinte, es wäre sehr einfach, die Nummer vermittels eines Vorhängeschlosses zu sichern; doch ward ihm mitgeteilt, daß eine solche Einrichtung die Gesellschaft etwa zweihundert Dollar kosten würde; deshalb konnte Jahr für Jahr dem Stehlen kein Einhalt geboten werden.

„Glauben Sie, daß die Aufseher die Karren stehlen?" fragte Hal.

„Manchmal die Aufseher — manchmal deren Freunde, manchmal aber stiehlt sie auch die Gesellschaft selbst. Im Nord-Tal, behauptete der alte Sovak, stehle sie die Gesellschaft. Es hätte gar keinen Wert, täglich mehr als sechs Karren hinaufzuschicken; es würden niemals mehr als sechs gerechnet. Außerdem lohnte es sich nicht, den Karren mit mehr als einer Tonne zu beladen; die Karren wurden ja doch nicht genau gewogen, der Wagmeister ließ sie bloß flüchtig über die Wage laufen und hatte übrigens Befehl, nicht über ein gewisses Gewicht zu notieren. Mike erzählte von einem Italiener, der probeweise einen Karren so hoch beladen hatte, daß er kaum durch den Eingang hindurch kam; der Mann war seinem Karren in den Kipperraum gefolgt und hatte gesehen, daß die Wage sechstausendfünfhundert Pfund zeigte. Sie bezahlten ihn für dreitausendfünfhundert und als er sich widersetzte, verhafteten sie ihn. Mike hatte nicht gesehen, wie der Mann verhaftet wurde; — als er aus der Grube aufgestiegen, war der Mann verschwunden und ward nicht mehr erblickt. Nach diesem Vorfall wurde am Kipperraum eine Tür angebracht, so daß keiner die Wage beobachten konnte.

Da mehr Hal den Erzählungen der Leute lauschte, desto klarer ward ihm, daß der Grubenarbeiter ein Kontrahent sei, der keine Möglichkeit hatte, den eingegangenen Kontrakt richtig einzuschätzen, der nicht einmal wissen konnte, wie viel Arbeit er geleistet. Mehr noch, er brauchte Hilfsmittel, über deren Anzahl und Preis er keine Kontrolle besaß. Er brauchte Pulver; — am Ende des Monats wurde ihm ein gewisses Quantum aufgeschrieben und wenn dieses Gewicht nicht stimmte war er unfähig, sich dagegen zu wehren. Es wurde ihm für „Schmiedearbeit" (für das Instandhalten seiner Werkzeuge) eine gewisse Summe vom Lohn abgezogen, und jeden Monat hatte er ein oder zwei Dollar zu bezahlen, gleichviel, ob er in der Schmiede gewesen oder nicht.

Möge jeder Geschäftsmann der Welt, dachte Hal bei sich, sagen, ob er unter solchen Bedingungen einen Kontrakt eingingel Würde z. B. ein Mann es übernehmen, einen Damm zu bauen, wenn er vorher keine Gelegenheit hätte, das Terrain auszumessen? Würde ein Kaufmann etwas an einen Kunden verkaufen, der ihm vorschläge, die Ware selbst abzuwiegen und den Kaufmann während dieser Zeit aus dem Geschäft aussperrte? Diese bloßen Fragen bewiesen den Widersinn der ganzen Sache; und doch arbeiteten in diesem Bezirk fünfzehntausend Mann unter solchen Bedingungen.

Dem Gesetz nach hatten die Grubenarbeiter das Recht, einen Wagekontrolleur aufzustellen, um ihre Interessen zu wahren: den Gehalt desselben hatten sie aus eigener Tasche zu bezahlen. So oft irgendwo eine öffentliche Kritik über die Verhältnisse in den Kohlengruben laut wurde, führten die Grubenbesitzer triumphierend dieses Gesetz an; und man brauchte an Ort und Stelle gemachte Erfahrung, um begreifen zu können, welch bitterer Hohn dies für den Bergmann war.

Im Eßzimmer saß Hal neben einem blonden, schwedischen Riesen namens Johannson, der täglich zehn Stunden Bauholz auflud. Er war einer der wenigen, die sich den Luxus leisteten, ihre Meinung frei herauszujagen, denn er war jung, von ungeheurer Muskelkraft und von keiner Familie beschwert. Jahraus, jahrein wanderte er von der Grube zum Erntefeld, vom Erntefeld zur Grube zurück. Jemand begann mit ihm über das Thema „Wagekontrolleur" zu sprechen, und der ganze Tisch vernahm sein höhnisches Lachen. Es sollte nur einmal einer versuchen, einen Wagekontrolleur zu verlangen!

„Sie meinen, er würde fortgejagt?" — fragte Hal.

„Vielleicht" — lautete die Antwort. — „Vielleicht würde er auch gezwungen, von selbst zu gehen."

„Wie meinen Sie das?"

„Sie machen aus seinem Leben ein gottverdammtes Elend, bis er selber kündigt."

Also ging es mit dem Wagekontrolleur, wie mit dem Gutscheinen es ging, den Gesellschaftswarenhäusern und mit allen Maßnahmen des Gesetzes, die den Bergmann vor Unfällen schützen sollten. Man konnte freilich die gesetzlichen Rechte verlangen, tat man es jedoch, so hing der Erfolg von der Laune des Aufsehers ab. Er konnte einem das Leben zu einem „gottverdammten Elend" machen, bis man freiwillig ging oder eine Flut Schmähungen und Flüche flog einem an den Kopf, dazu der Befehl: „Fort, den Canon hinunter!" vielleicht noch durch einen wohlgezielten Fußtritt und einen knapp aus Gesicht gehaltenen Revolverlauf bekräftigt.

*

Diese Bedingungen machten das Kohlenrevier zu einem Reich der Verzweiflung. Und doch gab es Leute, die irgendwie ihr Fortkommen fanden, Familien aufzogen, ein ordentliches Heim besaßen. Hatte einer das Glück, von Unfällen verschont zu bleiben, heiratete er nicht zu jung, oder hatte er nicht zu viele Kinder, vermochte er der Versuchung des Trunkes, zu dem von der Ueberarbeitung und der grenzenlosen Eintönigkeit des Lebens so viele getrieben wurden, zu widerstehen, vor allem aber, verstand er es, sich den Aufseher gewogen zu erhalten — dann konnte er sich ein Heim leisten, ja sogar einen bescheidenen Sparpfennig bei der Gesellschaft deponieren.

Einer dieser Glücklichen war Jerry Minetti, der bald zu Hals besten Freunden gehörte.

Jerry zählte etwa fünfundzwanzig Jahre, und war für einen Italiener von ungewöhnlich hohem und breitem Wuchs. Die beiden trafen einander an einem Sonntag; — Hal pflegte an diesem Tage die meisten neuen Bekanntschaften zu machen. Jerry war eben aufgewacht, frisch gewaschen und trug ein paar neue, blaue Hosen, so daß er im hellen Sonnenschein einen fröhlichen Eindruck machte. Er schritt mit erhobenem Haupt und zurückgeworfenen Schultern einher, und es war ihm anzusehen, daß er von keinerlei Sorgen bedrückt sei.

Doch war es weit weniger Jerry, der Hals Aufmerksamkeit fesselte, als das, was ihm auf den Fersen folgte; seine getreue Kopie, ein frisch gewaschenes Gesicht, neue blaue Hosen. Die kleine Gestalt hielt ebenfalls den Kopf hoch und Schultern zurückgeworfen und war ein unwiderstehliches Geschöpfchen, wie es so die kleinen Beine warf, bestrebt, mit dem Vorangehenden Schritt zu halten. Da ihn jedoch die längsten Schritte nicht rasch genug vorwärtsbrachten, begann er bisweilen zu laufen, bis er dem Vater wieder auf den Fersen war. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0002

Eine feindliche Schadenrechnung.

Paris, 15. April. Die Reparationskommission wird in den wenigen Tagen bis zum 1. Mai die Gesamtschuld Deutschlands feststellen. In einer Schlußbemerkung erklärte der Vorsitzende, daß die Entscheidung wie eine richterliche „im Geiste der Gerechtigkeit und Billigkeit" getroffen werden würde. Sie setze voraus, daß die Schuld, die Deutschland nach dem Friedensvertrag zu ersetzen habe, einwandfrei zuvor festgestellt werde. Mit Recht darf man fragen, wie eine derartige Feststellung möglich ist, wenn ihr Unterlagen zugrunde liegen, wie beispielsweise die von der rumänischen Regierung eingereichte Rechnung. Dieses Dokument hat folgenden Wortlaut: 1. Zwölfpersonen verursachte Schäden 8 103 289 710 Goldfranken; 2. den Provinzen und Gemeinen verursachte Schäden ca. 895 823 790 Goldfranken; 3. dem Staat verursachte Schäden 8 838 189 568 Goldfranken; 4. den Kriegsgefangenen infolge schlechter Behandlung zugefügte Schäden (endgültige Schätzung) 3 536 782 579 Goldfranken; 5. den militärischen Kriegsopfern bewilligte Pensionen (Verstümmelte, Verletzte, Invaliden und Waisen), endgültige Schätzung), 9 296 663 076 Goldfranken; 6. Ausgaben für Beihilfen an Kriegsgefangene und ihre Familien 2 812 584 schweizerische Franken, 7 508 063 französische Franken, 43 319 Pfund Sterling, 179 897 Kronen dänischer Währung, 2570 ottomanische Pfund, 209 945 Kronen österreichischer Währung, endgültige Schätzung: 11 947 689 Goldfranken; 7. Unterstützungen an die Familien Mobilisierter (endgültige Schätzung) 416 703 847 Goldfranken. — Total: 31 009 400 188 Goldfranken.

Aus welchen Bestandteilen sich im einzelnen diese Posten zusammensetzen und in welcher Weise diese ungeheuren Beträge errechnet wurden, ist den Anlagen in keiner Weise zu entnehmen. Aehnlich undurchsichtig ist in ihren Zahlen auch die Rechnung Griechenlands.

Salomonische Entscheidungen.

Paris, 15. April. Die „Agence Havas" teilt mit: Nach Anhören der deutschen Delegierten hat der Reparationsausschuß in Ausführung der ihm durch den Versailler Vertrag verliehenen Rechte folgende Entscheidung getroffen über den Termin, an dem einzelne Mächte in den Kriegszustand mit Deutschland eingetreten sind: Der Ausschuß entscheidet, daß die Kriegsdauer gemäß Artikel 232 des Vertrages von Versailles diejenige ist, während der ein Kriegszustand effektiv und rechtlich bestanden hat. Nach der Entscheidung begann der Kriegszustand mit Italien am 27. Mai 1915, mit Portugal am 9. März 1916, mit Griechenland am 27. Juni 1917, mit der Tschechoslowakei am 28. Oktober 1918. Der Ausschuß entschied außerdem, daß die Reparation der Schäden, die die Tschechoslowakei durch den bolschewistischen ungarischen Einfall 1919 erlitten hat, nicht Deutschland zur Last gelegt werden könne.

Deutsche Spielwaren ins Ausland.

London, 14. April. 45 Tonnen deutscher Spielwaren sind gestern von Hamburg in Swansea eingetroffen.

Vormarsch der türkischen Nationalisten.

Konstantinopel, 14. April. Die Stadt Brussa ist von den türkischen nationalistischen Streitkräften eingeschlossen.

Werden es wirklich weniger?

Paris, 14. April. Wie Pertinax dem „Echo de Paris" mitteilt, wird der Betrag, den die Reparationskommission in einigen Tagen als Gesamtsumme der Verpflichtungen Deutschlands festsetzen wird, sich zwischen 130 und 150 Milliarden Mark bewegen.

Kein Anschluß an Moskau.

Madrid, 14. April. Der sozialistische Parteitag hat mit 8008 gegen 6025 Stimmen den Anschluß an die dritte Internationale abgelehnt.

Die bayrische Gefahr.

Zu der gestern gebrachten Mitteilung über die im Besitz der bayerischen Einwohnerwehr befindlichen Waffen, die 240 000 Gewehre und Karabiner, 2780 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 34 Minenwerfer umfassen, schreibt der „Vorwärts":

Durch die statistischen Mitteilungen des Staatssekretärs Schweyer gewinnt man erst ein rechtes Bild von der ungeheuren innerpolitischen Gefahr, die die bayerische Einwohnerwehr bedeutet, und von der Sackgasse, in die die bürgerliche Reichsregierung durch die eigene Schuld, infolge ihrer unverantwortlichen, monatelangen Vogelstraußpolitik gegenüber der Kahr-Regierung geraten ist. Es stellt sich also jetzt heraus, daß die bayerischen Einwohnerwehren nicht nur um 220 000 Mann die Stärke der Reichswehr übertreffen, sondern auch in punkto Bewaffnung 140 000 Gewehre und Karabiner und 1000 Maschinengewehre mehr besitzen als die gesamte deutsche Reichswehr!

Vorausgesetzt, daß letztere politisch überhaupt zuverlässig genug wäre, um auf einen Befehl der Reichsregierung die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren durchzuführen, so würde eine solche Reichsexekution schon an der militärischen Uebermacht der Bayern scheitern! Jetzt versteht man allerdings, warum sich die Regierung Fehrenbach-Simons-Koch in den letzten Monaten alles von den Kahr, Escherich und Heim hat gefallen lassen müssen. . . .

Nun wird der bayerische Ministerpräsident die Geister selbst nicht mehr los, die er rief. Die Bayerische Volkspartei hat ihm, der endlich ein schüchternes Rückzugsmanöver vor Berlin markiert hatte, regelrecht durch den Mund ihres Führers im Landtag, Held, den Krieg erklärt! Wie sich Herr v. Kahr aus der Affäre ziehen wird, ist seine Sache. Die bayerische Sozialdemokratie, und mit ihr die ganze deutsche Partei erblickt in ihm und in denjenigen, die sein Spiel unterstützt oder geduldet haben, Volksverderber, deren Sünden sie nicht aufhören wird festzunageln. Aus dem Munde des Abg. Held erfährt man übrigens zum ersten Male die äußerst wichtige Tatsache, daß die Reichsregierung neue Verhandlungen mit der Entente zur Lösung der bayerischen Entwaffnungsfrage eingeleitet hat. Die Reichsregierung führt also hochwichtige diplomatische Verhandlungen mit der Entente über eine Frage, die monatelang die Welt in Spannung gehalten hat, und man hört davon zum ersten Male rein zufällig anläßlich einer Ausschußdebatte im bayerischen Landtag aus dem Munde des Sprechers der — separatistischen — Bayerischen Volkspartei. Fürwahr, erbauliche Zustände! Der Erfolg dieser Verhandlungen kann man sich nach den Angaben des Staatssekretärs Schweyer, die jedenfalls nicht übertrieben sein dürften, leicht ausdenken. Und was das schlimmste ist: wieder einmal soll die wirkliche Existenzfrage des gesamten deutschen Volkes, die Reparationsfrage, mit einer reaktionären, partikularistischen Angelegenheit verquickt werden. Wieder einmal soll die Stellung unserer Unterhändler am schicksalschweren ersten Mai durch eine Nebenfrage geschwächt werden, in der wir gegenüber der Entente offenkundig im Unrecht sind. Da versteht man es allerdings, daß in den Kreisen der Deutschen Volkspartei sich eine starke Strömung bemerkbar macht, die eine Lösung der preußischen Regierungskrise im Sinne der Linkskoalition dazu benutzen will, um aus der Reichsregierung vor dem 1. Mai zu verschwinden die Ratten möchten allzu gerne das Schiff verlassen, daß sie durch die eigene Nagearbeit zum Sinken gebracht haben.

Unzeitgemäße Agitation.

Der Tod der ehemaligen deutschen Kaiserin wird von der deutschvölkischen Presse ausgiebig benutzt, um am Tage der Beisetzung nationalistische, gegen die Republik gerichtete Demonstrationen zu veranstalten. Als Abwehr hiergegen wird von kommunistischer Seite der Plan propagiert, die Arbeiterschaft in Potsdam zu großen kommunistischen Demonstrationen aufzurufen. Beide Pläne sind gleich geschmacklos, und die Arbeiterschaft lehnt den einen wie den anderen ab. Der Tod der ehemaligen Kaiserin ist kein Schicksal, das eine besondere Tragik in sich birgt, und es ist lächerlich, wenn unsere Nationalisten ihn mit dem Tode der Königin Luise in Vergleich bringen, um ihn in ein besonders heroisches Licht zu versetzen. Geschichtsforscher denken über das Ableben der Königin Luise und über die Gründe ihres Todes etwas anders. Und die deutschnationalen Politiker sollten sich hierüber bei ihrem jetzigen Häuptling, dem Chefredakteur der „Deutschen Zeitung", Herrn Max Maurenbrecher erkundigen. — Jedoch auch zu Demonstrationen der Arbeiterschaft besteht kein Anlaß. Jeder Versuch, den Tod der ehemaligen Kaiserin zu einem politischen Ereignis zu machen, ist verfehlt und geeignet, die Dinge in ein falsches Licht zu rücken; die große Mehrheit des deutschen Volkes ist mit eignen schweren Sorgen beladen genug, als daß sie Zeit fände, in besondere Trauer über den Tod eines Menschen zu versinken, dessen Schicksale nicht annähernd so ernst waren wie die von Millionen deutscher Frauen, denen der Krieg ihr Ernährer, ihre Männer und Söhne genommen hat.

Die Transportlage im Ruhrgebiet.

Essen, 14. April. Durch die Unruhen, die Ostertage und und den Monatsschluß erheblich beeinflußten Förder- und Versandzahlen der vorlegten zwei Wochen haben sich in der Berichtswoche wieder etwas gebessert. Zum Ausgleich des durch den Fortfall der Ueberschichten hervorgerufenen Förderungsrückgangs wurde in verstärktem Maße von Lagerbeständen abgefahren, sodaß eine Verminderung um rund 80 000 Tonnen, nämlich auf 732 622 Tonnen am 9. April eintrat. Der Wasserstand des Rheines war trotz geringen Steigens außerordentlich schlecht. Da in den Gebirgen fast gar kein Schnee liegt, sind die Aussichten auf eine weitere Besserung für die nächsten Monate sehr ungünstig. Der Eisenbahnbetrieb wickelte sich auch letzte Woche glatt ab. Die Anforderung an leeren Wagen, auch für Brennstoffe, war so gering, daß der Zustrom der reichlich zulaufenden leeren Wagen gemäßigt werden müßte, um eine Ueberfüllung des Ruhrbezirks mit leeren Wagen zu vermeiden. Für Kohlen, Koks und Briketts wurden vergangene Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschließlich der nachträglich bestellten Wagen 20 574 Wagen (gerechnet zu je 10 Tonnen) angefordert, die auch vollzählig gestellt wurden. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 12 521 Wagen (infolge der damaligen Unruhen). Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen bezifferte sich werktäglich auf 22 007 (18 008) Tonnen, der Umschlag in den Kanalzechenhäfen auf 23 660 (18 742) Tonnen.

Feierschichten im Saarbergbau.

Saarbrücken, 15. April. Auf Anordnung der französischen Grubenverwaltung wird am 16. und 18. April auf den Saargruben der Betrieb ruhen. Es ist das in diesem Jahre die 13. bzw. 14. Feierschicht auf den Saargruben.

Notizen.

Um Oberschlesien. Das „B. T." glaubt zu der bestimmten Annahme Grund zu haben, daß gegenüber dem französisch-polnischen Plane, der die Abtretung des ganzen oberschlesischen Industriegebiets an Polen fordert, von englischer Seite der Standpunkt vertreten werde, daß ungefähr die Kreise Pleß und Rybnik den Polen zugesprochen werden sollen.

Die Beschlagnahme der „Roten Fahne" durch die Staatsanwaltschaft ist, wie die Blätter melden, vom Gericht bestätigt worden. Ebenso wurde die Beschlagnahme von Teilen der Rotationsmaschinen als zu Recht erfolgt erklärt.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Härtl; für die Inserate Wilhelm Herzog; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27

Schlagende Beweise

unserer auf alle Abteilungen unseres Geschäftshauses ausgedehnten

grossen Leistungsfähigkeit!

Damen-Hüte

Schike Kappe
aus Borten gearbeitet, mit Garnitur
39⁵⁰ 19⁵⁰

Jugendliche Glocke
mit Bandgehänge und Kirschenstuff
55⁰⁰ 37⁵⁰

Zweifarbiger Bolero
mit moderner Garnierung
65⁰⁰ 48⁵⁰

Fescher Trotteur
flott garniert
75⁰⁰ 57⁵⁰

Damen-Bekleidung

Regenmantel
imprägniert in mode und anderen feinen mittleren und dunklen Farben, kleidsame Form
225⁰⁰

Seidenmantel
reine Seide, solide haltbare Qualität, in marine, besonders gut verarbeitet
225⁰⁰

Cheviot-Kleid
reine Wolle in vielen schönen Farben mit vornehmer Stickerei, äusserst kleidsame Formen
225⁰⁰

Waschstoffe

Waschmusselin
80 cm breit aparte neue Muster
Meter 15⁵⁰ 13⁵⁰

Wasch-Voile
70/75 cm breit, hell-, mittel- u. dunkelgrund.
Meter 15⁰⁰ 13⁷⁵

Wasch-Voile
115 cm breit in gr. Muster- u. Farbenauswahl
Meter 19⁵⁰ 13⁵⁰

Wasch-Voile
75/80 cm breit, glatt weiss und farbig
Meter 14⁵⁰ 12⁷⁵

Geschäftshaus **J. LEWIN** Marktplatz 2 u. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0003

Achtung! Achtung!

Hausfrauen!

Bei sämtlichen Fleischern ist jetzt laufend

Ia. Ochsenfleisch

(Auslandsware)

zu Preisen, welche weit unter denen für frisches Fleisch stehen, zu haben. Es handelt sich um eine ganz vorzügliche Qualität.

Das konsumierende Publikum wird gebeten, von diesem

billigen Angebot

Gebrauch zu machen.

Vereinigung zur Verwertung von Nebenprodukten d. Fleischerei etc.

Schlachthof Halle.

Uhren- und Goldreparaturen

gewissenh. persönl. Ausführung. Billigste Preisberechnung.

Hermann Roch, Uhrmacher, Pfännerhöhe 1. Gelegenheitskäufe in Uhren u. Gold w. billigst!

Schuhwarenlager

Merseburg, Gotthardtstr. 32

Inhaber **Willy Ehrentraut,** empfiehlt zu äußerst billigen :: Preisen sein reichhaltiges :: Lager in nur guten Schuhwaren in braun und schwarz.

Ia Schweineschmalz garant. rein Amerik. . . . . à Pfd.	11.—	
feinste Tafelmargarine à Pfd.	10.—	
Amerikanisches Weizenmehl markenfrei . . . . 8.— 9.— und	5.—	Pfd.
Haferflocken	3.—	Pfd.
Weiße Ranken	3.—	Pfd.
Erbsen	2.50	Pfd.
Weiße Bohnen	1.50	Pfd.
Linsen	4.75	Pfd.
Schnittnudeln, weiß	7.—	Pfd.
Pflaumen	5.—	Pfd.

eingem. Heidel- und Preißelbeeren

Emil Wolf,

Merseburg, Rohmarkt.

Getragene hochfeine Herren-Maß-Garderobe

kaufen Sie preiswert in

Riesel's Monats-Garderoben,

Große Märkerstraße 22, I.

Grüne Heringe ca. 4 Stück 1 Pfund	2.40
Kabliau . . . . . o. Kopf	1.30
Schellfisch . . . o. Kopf	1.80
Seelachs . . . . . o. Kopf	1.50

Täglich frische

Räucherwaren

Karl Pfeiffer,

Neumarktfischhalle,

Geiststr. 33. Tel. 6658.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises in Halle a. d. S.

Die nach § 88 der Satzung vorgeschriebene Wahl des Ausschusses für die nächsten vier Jahre findet

Sonntag den 5. Juni d. Js.

statt, und zwar seitens der **Versicherten** von 8—11 Uhr vorm. und „ „ **Arbeitgeber** von 12—1 Uhr mittags.

Es sind 24 Vertreter von den **versicherten** Versicherten und 12 „ „ **Arbeitgebern** zu wählen und die doppelte Zahl von Ersatzmännern in gleicher Weise zu wählen.

Das Nähere ergibt sich aus der Einladung, die in Nr. 16 des Amts- und Verordnungsblattes für den Saalkreis und in Nr 87 der Hallschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht ist und worauf die Beteiligten hiermit hingewiesen werden.

Halle (S.), den 13. April 1924.

Der Vorstand
(gez.) O. Keltsch, Vorsitzender.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme", zu beziehen.

Preisabbau

Um auch der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu geben sich in dieser Zeit mit preiswerten Anzügen zu versorgen, haben wir uns entschlossen einen grossen Posten Herren-Anzüge im Preise bedeutend herabzusetzen.

Verkauf vom 16. bis 23. April

Herren-Anzüge	moderne Façon mit aufgesetzten Taschen	Serie I 355.–
Herren-Anzüge	Sport- u. Sacco-Form neue braune Farben . .	Serie II 495.–
Herren-Anzüge	neueste Stoffe u. Formen gute, haltbare Qualität.	Serie III 595.–

Unsere Sonder-Abteilung für

Junge Herren bringt in grosser Auswahl Anzüge modern verarbeitet mit aufgesetzten Taschen und Rückengurt **320.-**

J. Weiss AM MARKT.

Arbeiter!

Billige Wäsche!

In eigener Werkstatt hergestellt

Bettbezüge

1½ schläfrig, fertiggenäht, mit 2 gr. Kissen

v. 124,75 an

Einsatz-Hemden v.	39.75
Normal-Hemden v.	39.75
Damen-Hemden v.	26.75
Damen-Beinkl. v.	34.75
Unterröcken v.	9.75
1 Post. Bettlaken v.	48.—
1 Post Handtücher v.	9.75
O.- u. Kinderstr. v.	9.75
Herren-Socken v.	7.50

Fern. Hemdent., Barch. Dirndlst., Schürzendr.

Perkals für Oberhemden u. Blusen

m 16,50 Mk.

und so vieles mehr billigst im

Wäsche- und Wollwaren-Lager

Gr. Ulrichstr. 25, Ecke Jägergasse.

Prima weisser fetter gesalzener **Speck** Pfd. 7.50

Prima durchwachsener gesalzener **Speck** Pfd. 7.50

Prima Schweine-Schmalz Pfd. 9.50

Prima weisse Palmbutter (Cocosfett) Pfd. 9.50

F. H. Krause.

„Gilden-Sozialismus"

Vortrag von G. D. H. Cole.

Uebersetzt von Dr. Eva Schumann.

Preis 3.— Mk.

Buchhandlung Verlag der Volksstimme,

Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Dauerhafte

Handkoffer

echt Vulkan-Fiber, sehr billig bei

H. Krasemann,

Kofferspezialgeschäft, nur Schmeerstrasse 19.

Stadt-Theater

Sonnabend, d. 16. April. Anfg. 7 Ende 9½ Uhr:

Undine

Roman ische Oper von Lortzing.

Sonntag nachm.: Zum best. d. Kinderhilfe **Rotkäppchen**

Sonntag abend: **Lohengrin.**

Apollo-Theater Tel. 7¼

Heute z. letzten Mal:

„Onkel Muz"

Singspiel in 3 Akt. von Gilbert.

Sonnabend z. 1. Mal

„Die Perle der Frauen"

Operette in 3 Akten v. Fiedler.

Stellen finden.

Arbeitslose

finden zum Zeitungstransport aushilfsweise Beschäftigung.

Verlag Volksstimme G. m. b. H.

Dienstmädchen gel.

Franz Otto, Crumpa bei Lützkendorf Bez. Halle a. S. Kleinbahnstrecke Merseburg-Mücheln.

Stellungsuchende

finden sicheren Erwerb durch Abonnentensammeln für gern gelesene Hausfrauenwochenzeitschriften. Keine Versicherungsbläter. Näheres Schmeerstraße 17/18 I.

Kieler Fischbörse

Steinweg 19.

Weißes Schweineschmalz Pfund Mk. 9.60

Margarine:

Glück auf feinste Tafelmarke Pfd. Mk. 9.60

Triumph Pfd. Mk. 8.80

Kostproben gratis.

Machen Sie einen Versuch.

Cond. gez. Milch Dose 8.00

Steril. Sahne Netzt 8.00

Fett Speck mager Pfund 9.50

Zu verkaufen

Grudeofen

verkauft billig Steinweg 50

Vermischtes

Sport-Oberhemden,

poröse Unterwäsche, Handschuhe, Socken, Leinenkrag., Sportkrag. **Krawatten**

Gi-Träger, Endw.-Trg., Sockenhalter, Schirme

„Dauerwäsche"

G. Liebermann,

Geiststraße 42.

Saubere Zelte

200 300 qm groß, mit Dekoration und Teppich zu Festlichkeiten zu verleihen.

W. Heinke,

Hardenbergstraße 20

Möbel

empfiehlt billigst

Hugo Schmieder

Tischlermeister,

Merseburg, Preußerstr. 1

Von morgen, Sonnabend, mit 1 Uhr ab, steh. wieder prima große u. kleine Hann.

Futterschweine billig zu verk.

Gebr. Rothberg.

Ramischstr. 19. Tel. 6842.

Solbad Fürstental

Robert-Franzstr. 10.

stark radiumhalt. Schwitzbad Moor- u. medizinischer Masse

Hosenträger

Gummi mit Lederpatten

Paar 10.50

14.—, 16., 18.—, Mk.

Bauerwäsche-Vertrieb Berlin Z., 1 Treppe Kl. Eing. Stern

Aus Reichsbeständen sind im Kleinhandel

billige Salzheringe

erhältlich, die

für 30—60 Pfg. das Stück

je nach Qualität und Grösse

an das Publikum

abgegeben werden können.

Man verlange dies vollwertige Nahrungsmittel in den einschlägigen Geschäften.

Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H. — Reichsfischversorgung G. m. b. H.

Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Distriktsversammlungen!

6. Distrikt. Sonnabend, abends 7½ Uhr, Restaurant „Bürgerkasino", Bertramstraße.

9. und 9a Distrikt hält die Distriktsversammlung erst nächste Woche ab. Tag wird noch bekanntgegeben.

11. Distrikt hält die Distriktsversammlung erst nächste Woche ab. Tag wird noch bekanntgegeben.

12. und 13. Distrikt. Montag, den 18. April, abends 7½ Uhr, Restaurant „Aktienbrauerei", Dessauer Straße.

20. Distrikt. Cröllwitz, Dienstag, abends 7½ Uhr, Restaurant „Bergschenke".

Frauenausschuß der S. P. D. Freitag, den 15., abends 7 Uhr, gemeinsame Sitzung des Frauenausschusses mit den Genossinnen der einzelnen Distrikte. **Der Vorstand.**

Preßkommission. Heute, Freitag, abends 6 Uhr dringende Sitzung. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Proletarische Kinderhilfe. Alle Mitwirkenden werden zu einer Sitzung für morgen, Freitag, abends 7 Uhr, in Wilsdorf „Gesellschaftshaus" eingeladen.

Arbeiterjugend. Freitag, abends ½7 Uhr, Spiel und Tanz auf der Peißnitz.

Die Arbeiter-Jugend unternimmt am kommenden Sonntag einen Tagesausflug nach Closchwitz. Abmarsch erfolgt morgens 6 Uhr für die Nordgruppe von der Cröllwitzer Brücke, für die Südgruppe vom Marktplatz. **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 15. April 1921.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Ueberproduktion in der Grube „Carl Ernst". — Schäden aus dem Kapp-Putsch. — Neue Kostensteuer für Pferderennen.

793 000 Mark Ueberschreitungen bei der Grube „Carl Ernst" wurden genehmigt. Sie werden gedeckt durch Mehreinnahmen, die außerdem noch ein Mehr gegenüber dem Etat von 94 000 Mark erwarten lassen. Interessant war dabei die Mitteilung, daß der Absatz gehoben werden müsse, weil teilweise schon Ueberproduktion vorhanden sei und Feierschichten eingelegt werden mußten. Auch eine weitere Bereitstellung von Kohlenfeld wurde für erforderlich erachtet. — Im Verlauf des Kapp-Putsches im Vorjahre waren auch die Gasbehälter in der Mansfelder Straße beschädigt worden. Die Instandsetzungskosten waren s. Zt. mit 220 000 Mk. angenommen und bewilligt worden. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß die Beschädigungen größer waren, als angenommen. Es sind deshalb weitere 130 000 Mk. erforderlich, deren Entnahme auf Vorschußrechnung und Tilgung in rund 5 Jahren bewilligt wurde.

Der Etat des Hospitals schließt mit einem Fehlbetrage von 70 000 Mk. ab, deren Deckung aus Kämmereimitteln und aus dem Landerwerbsfonds der Stiftung je zur Hälfte beschlossen wurde.

Bewilligt wurden ferner 5 500 Mark zur Entwässerung des Grundstücks Magdeburger Straße 5 (Wettiner Hof).

Für Errichtung eines Barackenbaues auf dem Südfriedhofe als Unterkunftsraum für die dortigen Arbeiter wurden 39 000 Mk. bewilligt.

Die s. Zt. für Anschaffung eines Höhensonnenapparates bewilligten 2100 Mk. reichen nicht aus. Der Apparat kostet 7500 Mk. Die Nachbewilligung von 5400 Mark wurde ausgesprochen. — 5800 Mk. für elektrische Beleuchtung einzelner Räume im Alters- und Pflegeheim wurden bewilligt. — Weitere 13 200 Mark Ueberschreitung der Kosten für elektrische Beleuchtung der städtischen Gebäude wurden ebenfalls nachbewilligt.

Für die Erneuerung des Anstriches der Türen, Fenster usw. in den städtischen Gebäuden sollen im Etatsjahre 1921 Mittel in Höhe von 164 900 Mk. angefordert werden. Die Arbeiten sind überaus dringend und vertragen zum Teil keinen Aufschub mehr. Der Entnahme der Mittel auf Vorschußkonto wurde zugestimmt.

Schließlich wurde noch einigen kleineren Aenderungen nicht grundsätzlicher Art der neuen Grundsteuerordnung, die vom Bezirksausschuß verlangt werden, zugestimmt, und weiter wurde eine neue Kostensteuer für Pferderennen, deren Besteuerung als Lustbarkeit der Bezirksausschuß nicht zugestimmt hatte, genehmigt. Die Steuer bewegt sich in derselben Höhe, wie die s. Zt. beschlossene. Die Gemeinde Passendorf erhebt Anspruch auf einen Teil des Ertrages dieser Steuer. Dieser Teil ist im Vertragswege auf ein Achtel des Aufkommens festgesetzt worden. Auch diese Steuerordnung wurde genehmigt.

Sitzung des Schulausschusses.

Ein vorbeigelungener Vorstoß der Mittelschule. — Eingabe des Elternbeirates der Trothaer Schule.

Zum Sprachrohr der Vertreter der selbständigen Mittelschule hatte sich in einer Eingabe an den Magistrat der Elternbeirat der Luisenschule gemacht. Furchtbares sollte geschehen. Um der gewerblichen Fortbildungsschule, diesem Stiefkinde unter den städtischen Schulen, wenigstens einige zusammenhängende Räume zur Verfügung stellen zu können, war von der Schulverwaltung geplant, einen Flügel der Luisenschule hierzu zu verwenden. Ein Plan, der von jedem Einsichtigen und Vorurteilsfreien als zweckentsprechend anerkannt werden müßte. Die notwendige Abzweigung einiger Klassen der Mittelschule genügte, um einen Sturm der Entrüstung zu entfachen. „Die Mittelschule — die Schule der Bürger — ist in Gefahr", wußte man den Eltern ins Ohr zu blasen. Wir Sozialdemokraten haben keinerlei Veranlassung, mit in dieses Horn zu tuten. Die selbständige Mittelschule hat im Rahmen der Einheitsschule keinen Platz, und wenn durch die Einrichtung der Grundschule die Mittelschulen an Umfang abnehmen, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ihre Zahl vermindert wird. Wir weinen dieser Standesschule keine Träne nach und hoffen und wünschen, daß recht bald die all gemeine Volksschule an ihren Platz treten möge. Der Schulausschuß beschloß Uebergang zur Tagesordnung. — Eine berechtigtere und sachlichere Eingabe lag von Seiten des Elternbeirates der Trothaschule vor. Während alle Volksschulen Halles 8stufig sind, ist die Trothaschule 7stufig. Wenn man auch das 7stufige System nicht von vornherein als minderwertig bezeichnen kann, so ist doch, schon um stattfindender Umschulungen halber, erstrebenswert, daß innerhalb eines Gemeindewesens ein Schulsystem zur Anwendung gebracht wird. Bei der geringen Schülerzahl der Trothaschule kann es sich freilich als notwendig erweisen, daß die 1. Klasse einer der benachbarten Schulen eingegliedert werden muß. Zwergschulen zu unterhalten ist nach dem neuen Schulunterhaltungsgesetz für die Stadt eine Unmöglichkeit. Der Schulausschuß empfahl diesen Teil der Eingabe dem Magistrate zur Erwägung. Dem Magistrate zur Berücksichtigung empfohlen wurde der Teil der Eingabe, der sich mit der Beschaffung neuer Schulräume für die Trothaschule befaßte. Der Neubau einer Schule in Trotha ist eine Notwendigkeit. Der Krähenberg kann als Bauplatz aber nicht mehr in Frage kommen. Ein Neubau muß in der Nähe des Hafengeländes entstehen. Um dem augenblicklichen Notstande abzuhelfen, d. h. um das Schulhaus in der Morlstraße so schnell wie möglich außer Gebrauch zu setzen — müssen Schulbaracken aufgestellt und das Schulhaus in der Petersbergstraße durch einen Anbau erweitert werden.

Harte Urteile des Sondergerichtes.

Wo soll das hinführen .....?

Die Arbeiter Otto Vogel, Wilhelm Vogel, Karl Ziegelmayer, Martin Winkler, Heinrich, Thümmler, Hauser und Zahn waren angeklagt, sich durch Beteiligung am Aufstande und Requisition eines Autos, mit dem sie nach Leuna fuhren, gegen die Paragraphen betr. Anschluß an bewaffnete Haufen, Versuch gewaltsamen Umsturzes der Verfassung usw. vergangen zu haben. Im Laufe der Verhandlung stellte es sich aber heraus, daß ein gewisser KAPD.-Mann Kindler die Angeklagten terrorisiert hat, daß er das Auto beschlagnahmte und durch Drohung mit Erschießen die Angeklagten zu einer Fahrt nach Leuna zwang. Weiter erfuhr man, daß Thümmler und Hauser sich gar nicht am Streik beteiligt hatten und auf der Nachfrage nach Notstandsarbeiten den Kommunistenführern in die Hände fielen, die sie dann zum Mitgehen zwangen. Ein Gewehr hat keiner von beiden getragen. Die meist jugendlichen Angeklagten wissen überhaupt nicht, was „gewaltsamer Umsturz der Verfassung" ist. Von einem freien Willensakt kann höchstens bei Zahn, der 33 Jahre alt ist, die Rede sein. Hauser hat neben vielen anderen zwangsweise Rekrutierten sogar mehrere Fluchtversuche unternommen. Er wollte wie die anderen dem roten Terror entrinnen, was ihm aber mißlang. Thümmler brach in der Verhandlung in einen heftigen Weinkrampf aus und schwor „vor Gott und den Menschen", unschuldig zu sein.

Das alles berührte den Herrn Staatsanwalt nicht im Geringsten. Der Verteidiger hätte etwas mehr aus der Reserve herausrücken müssen. Denn wenn der Herr Staatsanwalt das Programm der KAPD., das doch die Diktatur des Proletariats wolle, als Argument gegen die Angeklagten benutzte, so hätte ihm gesagt werden müssen, daß erstens eine politische Ueberzeugung kein Verbrechen ist, daß zweitens die jungen Angeklagten bis auf einen mit der KAPD. nichts gemeinsam haben, daß sie drittens die großen Zusammenhänge gar nicht übersehen und daß er zum letzten nicht die Bewegung, sondern 8 Menschen nach ihren Taten zu beurteilen hat. Er durfte sie nicht in den Rahmen der Aufstandsbewegung bringen und über sie das Urteil fällen, das er über die ganze Aufstandsbewegung fällen möchte.

Die Herren Richter haben das aber nicht in Betracht gezogen. Auch ein großes Manko. Mangelndes Verständnis oder fehlender Wille? Auch die Fragen des Vorsitzenden an die Angeklagten trieften nicht von Verständnis für die Arbeiterseele. So kann es denn nicht wunder nehmen, daß im Urteil menschliches Gefühl fehlt und auch außer Acht gelassen wurde, daß die Angeklagten fast alle unter unumgänglichen Zwang handelten.

Das Urteil.

Otto Vogel 1 Jahr Gefängnis, Wilhelm Vogel 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Ziegelmayer 1 Jahr Gefängnis, Winkler 1 Jahr 8 Monate Gefängnis, Heinrich 1 Jahr 7 Monate Gefängnis, Zahn 2 Jahre 6 Monate **Zuchthaus**.

Nur Hauser wurde freigesprochen.

Daß das Urteil dennoch eine gewisse Milde aufweist, zeigt der Strafantrag, den der Staatsanwalt stellte und der, zum Glück, nicht durchgeführt wurde: Otto Vogel 1 J. 6 Mon. Gefängnis, Wilh. Vogel 2 J. 3 Mon. Zuchthaus, Ziegelmayer 2 Jahre Zuchthaus, Winkler 2 J. 6 Mon. Zuchthaus, Thümmler 2 J. 3 Mon. Zuchthaus, Hauser 2 J. 6 Mon. Zuchthaus (nachher **freigesprochen!!** Kommentar erübrigt sich!), Zahn 3 J. Zuchthaus.

Zu dem Angeklagten Th mmler, der als ganz junger Mensch, noch nie vorbestraft, bei der Aussicht auf ev. langjährige Zuchthausstrafe, nach seiner Tante rief, die man nicht eingelassen hatte, und in einen heftigen Weinkrampf ausbrach, rief der Herr Staatsanwalt, er möge sich etwas mannhafter benehmen!!

Alles dies spricht für sich selbst. — Fort mit den Sondergerichten!

*

Wie verurteilt wird.

Aus der gestrigen Sitzung ist noch nachzutragen, daß der Arbeiter Kodderitz, der von einem anderen gefangenen Kommunisten denunziert wurde — was dem Herrn Staatsanwalt vollauf genügte!! —, nach den Paragraphen betr. Anschluß an bewaffnete Haufen usw. zu 4 Wochen Haft verurteilt wurde. Nachgewiesen konnte ihm nicht das Geringste werden. Will man denn mit Gewalt ein Exempel statuieren? Glaubt man, daß man damit den Massen Vernunft einflößt? H.-r.

Kümmert euch um eure Einkommensteuererklärung.

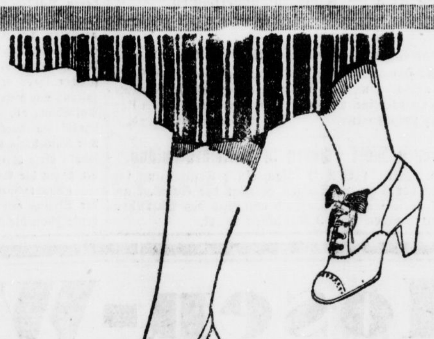
Nach der Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 1. Februar 1921 haben alle Steuerpflichtigen, also auch alle Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Einkommen im Kalenderjahre 1920 den Betrag von 10 000 Mk. überstiegen hat, innerhalb einer vom zuständigen Finanzamt bestimmten Frist eine Erklärung über ihr Einkommen abzugeben. Auch diejenigen Arbeiter und Angestellten, denen ein Vordruck für die Steuererklärung bisher nicht übersandt worden ist, sind verpflichtet, eine solche Erklärung abzugeben. Es liegt aber auch im eigensten Vorteil eines jeden, der im Kalenderjahre 1920 weniger als 10 000 Mk. verdient hat, den Vordruck zur Steuererklärung (das Veranlagungsformular) beim zuständigen Finanzamt oder einer Steueramtsstelle möglichst sofort abzuholen und ihn auszufüllen. Nur dann hat er die Möglichkeit, alle die Abzüge geltend zu machen, auf die er Anspruch hat, also Fahrtkosten von und zur Arbeitsstelle, Arbeitskleidung, Gewerkschaftsbeiträge, Prämien für Lebensversicherungen usw., und etwaige Steuernachlässe zu erwirken, z. B. bei außergewöhnlicher Belastung durch Krankheiten in der Familie, Unfälle, Unterhalt und Erziehung der Kinder usw.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Die soeben ausgegebene Nummer 15 des Zentralblattes für das Deutsche Reich bringt die Bekanntmachung, betreffend Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1921. Danach erhalten die Absätze 1 und 2 des § 1 der Bestimmungen vom 28. Juli 1920 mit Wirkung vom 1. April ab folgende Fassung: Jeder Arbeitgeber hat den ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Betrages einzubehalten, um den der auszuzahlende Ar-

Nonnenhörst

mit echter Lackkappe
wie Abbildung
nur
88
Mark



Aber nur Kurze Zeit
Herren- und Damenstiefel
elegantester Ausführung in
Original
Rahmenarbeit
10%
Bar-Rabatt, der an der Kasse

Schuhfabriken
Conrad Tack & Cie A.G.
Burg
b. Magdb.
Verkaufsstelle: Conrad Tack & Cie., G. m. b. H., Schmeerstrasse I.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0005
DFG

beitslohn a) im Falle der Berechnung des Lohnes nach Tagen 4 Mk. für den Tag, b) bei Wochenlohn 24 Mk. für die Woche, c) bei Monatslohn 100 Mk. für den Monat übersteigt. Der gleiche Betrag ist abzugsfrei zu belassen für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers. Der dem Steuerabzuge nicht unterworfene Teil des Arbeitslohnes erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind a) bei Tagelohn um 6 Mk. für den Tag, b) bei Wochenlohn 36 Mk. für die Woche, c) bei Monatslohn um 150 Mk. für den Monat. Fortan sind also ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitseinkommens jeweils nur 10 v. H. von dem dem Abzug unterliegenden Arbeitslohn einzubehalten.

Die Polizeistunde.

Bei der Bevölkerung sind über die Polizeistunde für Schankwirtschaften usw. Zweifel entstanden.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Polizeistunde für den Stadtkreis Halle auf Grund der Verordnung über den Ausnahmezustand für die Provinz Sachsen zurzeit auf 10½ Uhr festgesetzt ist. Daran kann die unterm 4. 4. 21 vom Herrn Regierungs-Präsidenten in Merseburg erlassene Verordnung, die die Schlußstunde für Schankstätten usw. vom 10. 4. ab auf 11½ Uhr festsetzt zurzeit nichts ändern. Diese Verordnung tritt erst in Kraft, nachdem der Ausnahmezustand, der seit dem 24. 3. 21 besteht, aufgehoben ist.

Ergebnis der Kinderhilfssammlung aus dem Reiche.

Es wird mitgeteilt, daß die Kinderhilfstage und -wochen ein Gesamtergebnis von etwa 50 Millionen Mark gebracht hätten. Schätzungsweise haben die Sammlungen u. a. ergeben, in Berlin 10 850 000 Mk., Brandenburg 1 000 000 Mk., Rheinprovinz 5 000 000 Mark, Westfalen 1 500 0000 Mk., Hannover 1 700 000 Mk., Sachsen 1 000 000 Mk., Pommern 500 000 Mk., Ostpreußen 500 000 Mk., Schlesien 1 600 000 Mk., Bayern 4 000 000 Mk., Sachsen 3 000 000 Mark, Baden 2 000 000 Mk., Württemberg 2 500 000 Mk., Bremen 3 000 000 Mk., Hamburg 400 000 Mk.

Hierzu kommt eine Spende der deutschen Schokoladenindustrie, die unter ihren Mitgliedswerken eine Umlage veranstaltete und 175 000 Kilogramm gezuckerten Schokoladenpulvers, im Werte von etwa 6 300 000 Mk. zur Verfügung gestellt hat. Die Verteilung des Sammelergebnisses liegt in den Händen der einzelnen Orts-, Provinz- und Landesausschüsse. Der Reichsausschuß wird demnächst mit Vertretern der Länder und Provinzen feststellen, wie die Mittel des Reichsausgleichsfonds zu verwenden sind. Ein sehr erheblicher Betrag wird zentralen Einrichtungen für Kinderversendung an die See und ins Gebirge zugute kommen. Ferner sind mit besonderen Zuwendungen zu bedenken die Notlandsgebiete in Ober- und Mittelschlesien, Ruhr- und Saargebiet, Sachsen und Thüringen.

50 Millionen Mark hört sich wunder wie groß an, bedeutet aber angesichts der Fülle des Elends einen Tropfen auf den heißen Stein. Man wird sehr gewissenhaft prüfen müssen, daß die Gelder auch wirklich den notleidenden Kindern zugute kommen und ihren Zweck erfüllen.

In Halle sind bekanntlich die Sammlungen noch nicht abgeschlossen; vielmehr soll erst noch eine großzügige Propaganda beginnen. Hoffentlich finden sich recht viele Hände zum helfen und geben.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Wahl eines Deputationsmitgliedes für das Arbeitsamt. 2. Einrichtung von Kleinwohnungen Große Brauhausstraße 30. 3. Einrichtung von Kleinwohnungen Große Steinstraße 27/28. 4. Aenderung der Grundsteuerordnung und Wahl des Grundsteuerausschusses. 5. Kartensteuer für Pferderennen. 6. Landaustausch in der Passendorfer Aue. 7. Entwässerungsanlage Magdeburger Straße 5. 8. Aufenthaltsraum für Friedhofsarbeiter. 9. Einmalige Ausgaben für Anstrich. 10. Nachbewilligung für elektrische Beleuchtung städtischer Gebäude. 11. Nachbewilligung für das Alters- und Pflegeheim. 12. Nachbewilligung für Gasbehälter. 13. Nachbewilligung für das Hospital. 14. Nachbewilligung für die Grube Karl-Ernst. 15. Nachbewilligung für das Stadtgesundheitsamt. 16. Einspruch gegen den Abbau der Luisenschule. 17. Antrag auf Abhilfe von Mißständen in der Trothaschule. 18. Antrag betr. Vermittelungsaktion bei Arbeitgebern. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Keil.

Schutz dem ersten Grün! Es ist an der Zeit, wieder einmal die Bitte auszusprechen: Schont Felder und Wiesen! Beobachtungen, die man draußen allenthalben machen kann, beweisen, daß nicht früh und eindringlich genug nicht nur den Kindern, sondern auch vielen Erwachsenen diese Mahnung auf den Spaziergang mitgegeben werden muß. Kinder laufen über das junge Grün, und auch mancher Erwachsener mag sich nichts dabei denken, wenn er am Rande eines Feldweges die zarten Blättchen des sprossenden Grüns niedertritt. Jeder Quadratmeter Wiesen- und Ackerfläche kostet Pacht, aus jedem Fleckchen Erde wird heute Geld gemacht, und auch das Gras am Wegesrand ist kostbare Nahrung für unsere Tiere, auch das Körnchen am Feldrand soll Frucht tragen. Schont auch den Wald; fällt nicht gierig im Vollsport über die Sträucher her; reißt nicht grausam ganze Büsche nieder!

Amtliche Lebensmittelpreise. Die Preise für Lebensmittel aus den Reichsverpflegungsämtern sind neu festgestellt worden und von erheblichem allgemeinem Interesse. Es kostet danach 1 Kilogramm Soldatenbrot 2,10 M., Krankenbrot 2,60 M., 400 Gramm Feld- und Eierzwieback 1,20 M., 100 Kilogramm Weizenhartbrot 300 M., 1 Kilogramm Kets 12,60 M., Schinken in Dosen 30 M., Cornedbeef und fettes Schweinefleisch in Büchsen 18 M., Wurstkonserven 8 M., Speck und Butter in Dosen 20 M., Margarine 19 M., eine Dose kondensierte Vollmilch 7,65 M., 1 Kilogramm Trockenmilch 13,70 M., 100 Kilogramm Reis 460 M., Graupen 490 M., Weizenmehl 200 M., Erbsen 500 M., Linsen 740 M., Sago 240 M., Nudeln 1369 M., Makkaroni 1335 M., Rosinen 2000 M., 1 Kilogramm Büchsengemüse von grünen Erbsen 7,90 M., Brech- und Schnittbohnen 6,50 M., Karotten und Kohlrabi 5,50 M., Weiß- und Rotkraut 4,50 M., Spinat 5,50 M., Apfelmus 7,30 M., Aepfel in Scheiben 8 M., Kirschen 9 M., Pflaumen 7 M., Bienenhonig 35,80 M., Kunsthonig 100 Kilogramm 800 M., 1 Kilogramm Kohlkaffee 23,80 M., gebrannter 30 M., Getreidekaffee 5 M., Tee 30 M., 100 Kilogramm Zucker 708 M. usw.

Vom Reichs-Kursbuch erscheint am 1. Juni eine neue Ausgabe zum Preise von 32 Mark. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Kursbuchs wird eine tunlichst frühzeitige Bestellung empfohlen, weil sonst möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

Eine Erleichterung im Eisenbahnverkehr. Trotz der allgemeinen Verteuerung unseres Eisenbahnverkehrs, die mit dem 1. April eingetreten ist, hat uns dieser Tag doch eine kleine Erleichterung gebracht. Der Personentarif führt nämlich mit diesem Tage eine wichtige Neuerung in Form der „Schülerrückfahrkarten" ein. Diese Karten werden für die 3. und 4. Klasse auf Entfernungen bis einschließlich 100 Tarifkilometer an Schüler ausgegeben, die am Schulort wohnen und an Sonn- und Festtagen ihre Eltern oder Erzieher besuchen; sie gelten nur für Personenzüge. Die Schüler werden in diesen Fällen zum einfachen Fahrpreis 3. oder 4. Klasse hin- und zurückbefördert. Für Anträge auf Ausgabe von Schülerrückfahrkarten ist ein besonderes Muster vorgesehen, das von den Fahrkartenausgaben gegen Bezahlung abgegeben wird.

Reichsgesetzgebung und Gemeinden. Mehr noch als vor dem Zusammenbruch wird heute die Tätigkeit der Gemeinden von der Reichsgesetzgebung beeinflußt. Die Reichsverfassung vom 11. Aug. 1919 und die seitdem erlassenen Gesetze, insbesondere die Finanzgesetze sowie die in Aussicht stehenden Gesetze vor allem auf dem Gebiete des Schul- und Bildungswesens, der Jugendfürsorge, der Erwerbslosenversicherung und der Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, sind für die deutschen Gemeinden von ungeahnter Bedeutung. Jeder Kommunalpolitiker wird es daher mit Freuden begrüßen, daß die soeben in dritter Auflage im Verlag für Sozialwissenschaft erschienene Schrift des Staatsministers a. D. Paul Hirsch, „Aufgaben der Gemeindepolitik nach dem Kriege" die Zusammenhänge zwischen Gesetzgebung und Kommunalverwaltung in leicht verständlicher Form erläutert. Das Heft behandelt neben Verfassungs- und Verwaltungsfragen das Finanzwesen, die Armen- und Wohlfahrtspflege und die Arbeitslosenfürsorge. Ein zweiter und dritter Teil, die voraussichtlich im Laufe dieses Jahres folgen, werden sich mit den übrigen Zweigen der Kommunalpolitik, u. a. mit dem Schulwesen, dem Wohnungswesen und dem Gesundheitswesen befassen. Für das starke Bedürfnis nach gemeinverständlichen Schilderungen der Aufgaben der Gemeindepolitik aus berufener Feder spricht nichts so sehr wie die Tatsache, daß die ersten beiden Auflagen der Hirschschen Schrift schon in kurzer Zeit vergriffen waren.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7 Uhr wird die Operette „Drum prüfe, wer sich ewig bindet" (Don Pasquale) von Donizetti wiederholt. Sonnabend „Undine". Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt zum Besten der Kinderhilfe das Kindermärchen-Lustspiel „Rotkäppchen" von Robert Bürkner zur Erstaufführung. Sonntag abend 6½ Uhr geht Richard Wagners „Lohengrin" in Szene. Montag „Martha".

Thalia-Theater. Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7 Uhr das Lustspiel „Doktor Klaus" von L'Arronge zur Aufführung.

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta). Anfang 7 Uhr. Spieltage: J: Sonnabend, den 16., K: Montag, den 18., L und A: Mittwoch, den 20. April.

Süd-Amerika. Wir machen hierdurch unsere Leser nochmals auf den heute abend 7½ Uhr stattfindenden Vortrag des Herrn E. F. Dapprich im großen Saale des Neumarkt-Schützenhauses aufmerksam. (Siehe Anzeige.)

Freibank-Verkauf. Zum Freibank-Verkauf am 16. April werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr 301 bis 400, um 9 Uhr 401—500, um 10 Uhr 501—600, um 11 Uhr 601 bis 700.

Provinz und Umgegend.

Unterbezirk 2 Merseburg-Querfurt.

Sonntag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, in Merseburg, „Kasino",

Unterbezirks-Konferenz.

Alle Ortsvereine sind verpflichtet, Delegierte zu entsenden. Der Bezirksvorstand.

Unterbezirk 3 — Mansfeld-Sangerhausen.

Die Ortsvereine unseres Unterbezirks machen wir hierdurch darauf aufmerksam, daß am

Sonntag, den 24. April, vormittags 11 Uhr

in Eisleben, Gambrinushalle, eine Unterbezirkskonferenz stattfindet. Die Tagesordnung wird Anfang nächster Woche bekanntgegeben. Die Ortsvereine werden ersucht, die Delegationen für diese Konferenz vorzubereiten. Der Unterbezirksvorstand.

Neun Millionen Mark Schaden in Mitteldeutschland.

Halle, 15. April. („B. T.") Nach einer Feststellung im Oberpräsidium der Provinz Sachsen beträgt der Schaden an Gebäuden, Materialien und Vargeld während des Aufruhrs in der Provinz Sachsen über 9 Millionen Mark.

Die Hölzerpflode vor dem Provinziallandtag.

7. Vollsitzung des Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

Die gestrige Sitzung brachte die vorgestern schon erwartete Aussprache über den Kommunistenputsch in Mitteldeutschland. Anlaß dazu gaben die beiden auf der Tagesordnung stehenden Anträge der VKPD. und USP. auf Aufhebung der Schutzhaft des Abg. Franzke, ferner auf Aufhebung des Haftbefehls des Abg. Osterburg, und endlich auf Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Ausnahmegerichte. Die Aussprache über diesen Punkt mußte mit naturnotwendiger Sicherheit eine heftige werden. Man konnte es vor allen Dingen von rechter Seite her nicht unterlassen, unseren Genossen Hörsing in geradezu gemeiner Weise anzugreifen. Großes darin hat sich vor allen Dingen der politische Säugling Dr. Stange geleistet, den man lieber in eine Kleinkinderbewahranstalt schicken sollte als in den Provinziallandtag. Unser Genosse Hörsing gab den Herren von der Rechten selbstverständlich die gebührende Antwort. Er wies treffend nach, daß zwischen Deutschnationalen und Kommunisten kein Unterschied besteht, sondern man sie getrost in einen Topf werfen könnte. Die Reden der Genossen Hörsing und Bergemann bildeten wahre Höhepunkte in den Verhandlungen. Der Provinziallandtag lehnte gegen die Stimmen der USP. und KPD. beide Anträge ab.

•

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Antrag der VKPD. auf Aufhebung der Schutzhaft über den Abgeordneten Franzke und Aufhebung des Haftbefehls gegen Osterburg. Der zweite Punkt erledigt sich von selbst, da ein Haftbefehl gegen Osterburg nicht erlassen ist.

Zum ersten Punkt führt der Abgeordnete Fiedler (VKPD.) aus, daß Franzke keine Waffe führen könne, wie man ihn beschuldigt habe, da er Kriegsinvalide sei und gezwungen sei an zwei Stöcken zu gehen. Auf Antrag des Gen. Bergemann werden beide Anträge zugleich behandelt. Der Abgeordnete Hennig (USP.) ergreift zum Antrag seiner Partei das Wort. Er tritt für Verständigung und Versöhnung ein (hat zu dir aber verändert). Er wünscht, daß der Ausnahmezustand sobald wie möglich aufgehoben wird, damit der USP. die Möglichkeit gegeben sei, die Arbeiter von der Erziehung der Putschtaktik abzubringen. Er gibt die Schuld am Putsch einesteils der Kommunistischen Partei, anderenteils dem Mangel an Organisation innerhalb der Arbeiterschaft. Endlich gibt er die Schuld der Regierung, die auf den Putsch hingearbeitet haben soll. Auf die Dauer sei der Ausnahmezustand kein Beruhigungs-, sondern ein Beunruhigungsmittel. Er warnt die Unternehmer, ihre Macht über die Arbeiterschaft nicht zu mißbrauchen. Die Verordnung über die Ausnahmegerichte bezeichnet er als glatten Verfassungsbruch. Er fordert Rückkehr zu vernünftigen Zuständen und wünscht nicht den Kampf mit der Waffe sondern Kampf des Geistes. (Sehr richtig!) Die Rede artet langsam in eine Programmrede aus. Man tritt nun in die Beratung ein.

Abgeordneter Gruson (VKPD.) gibt der USPD. und SPD. die Schuld am Ausnahmezustand. Er streitet die Anteilnahme der VKPD. an den Verbrechen ab. (Gelächter.) Redner behauptet, daß standrechtliche Erschießungen in großer Zahl vorgekommen seien.

Gen. Müller gibt namens der Partei folgende Erklärung ab:

Unser Standpunkt, der Standpunkt der Sozialdemokraten gegenüber Ausnahmegesetzen und Ausnahmezuständen ist bekannt. Die Dinge aber, die sich in letzter Zeit in unserer Provinz abgespielt haben, sind derart, daß wir es der Staatsregierung nicht übelnehmen, daß sie von der Waffe des Ausnahmezustandes Gebrauch macht. Wir als Sozialdemokraten werden uns stets gegen die Feinde der Demokratie, der Gesetzmäßigkeit mit allen Mitteln wenden. Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion habe ich daher folgendes zu erklären: Die Unruhen in Mitteldeutschland und die damit zusammenhängenden Verbrechen sind eine unmittelbare Folge der von der VKPD. und ihren Organen getriebenen Hetze. Die VKPD. hat sich damit zum Mitschuldigen von Verbrechen gemacht. Für die Schutzpolizeibeamten, die in Ausübung ihrer Pflicht den Tod fanden, für den Tod der verunglückten und irregeleiteten Arbeiter, für das dadurch in Hunderten von Arbeiterfamilien entstandene Elend, sowie für den angerichteten Sachschaden trägt die VKPD. allein die Verantwortung. Daran ändert nichts, daß sie jetzt mit hörbarem Ruck von den Verbrechern abzurücken versucht. Im Interesse der schwer getroffenen Bevölkerung Mitteldeutschlands halten wir es für unsere Pflicht, alle Maßnahmen der Behörden zu unterstützen, die geeignet sind, im Rahmen der Verfassung eine strenge Sühne der begangenen Verbrechen herbeizuführen. Sprengung von Eisenbahnbrücken und anderen Bauticheiten, Herbeiführung von Zugentgleisung und anderen im Aufruhrgebiet von den Banden und einzelnen Personen verübten Taten, sind Verbrechen so scheußlicher Art, daß wir es verstehen, wenn die Behörden alle Mittel zur Anwendung bringen, die ihnen im Rahmen der Verfassung gegeben sind, um die Verbrecher ihrer verdienten Strafe zuzuführen. Da der Ausnahmezustand sich nicht gegen politische Parteien richtet, lehnen wir seine Aufhebung ab. Die Sondergerichte sollen im Interesse der Angeschuldigten durch beschleunigtes Verfahren deren Haft abkürzen. Die Aufhebung dieser Sondergerichte wird deshalb erfolgen müssen, sobald diese Voraussetzung nicht mehr vorliegt. Wir stimmen daher gegen die Anträge.

(Aus technischen Gründen können wir den weiteren Verlauf der Sitzung erst morgen bringen, doch veröffentlichen wir daraus heute schon die Rede des Gen. Hörsing.)

Billige Hosen-Woche

Von Sonnabend, den 16. bis Sonnabend, den 23. April

Serie I Mk. 59.— Serie II Mk. 79.— Serie III Mk. 109.— Serie IV Mk. 135.— Serie V Mk. 165.—

Dieser Posten ist nur unserm Conzern (11 Geschäfte) zugewiesen und unübertroffen preiswürdig (Siehe Schaufenster Nr. 11).

Endepols & Dunker

Grosse Ulrichstrasse 19—20

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0006

Oberpräsident Hörsing: Ich konnte nicht annehmen, daß meine Person in den Mittelpunkt der Debatte rücken würde, sonst hätte ich mir die Rede des Abg. Dr. Zehle nicht entgehen lassen. Dr. Zehle hat mich in einer Weise angegriffen, die sonst in Parlamenten nicht üblich ist. Ich gebe offen zu, daß ich in dieser ganzen Frage das Wort nicht ergreifen wollte, weil — wenn ich einmal rede — ich mehr sagen muß als den Herren von rechts und links lieb sein mag. Ich bedaure, die Ausführungen Dr. Zehle nicht mit angehört zu haben. Nach dem Kapp-Putsch war nun nicht klar, daß sich noch Unmengen von Waffen im Volke befanden, im gleichen Maße auf der Linken wie auf der Rechten. (Lärm rechts; es wird dem Oberpräsidenten unmöglich weiter zu reden. Die Glocke des Präsidenten ertönt.) Meine Herren, lassen Sie mich doch wenigstens ausreden! Damals ist es mir gelungen, nach der Rechten wie nach der Linken Erfolge zu erzielen — und ich kann es hier offen sagen, daß ich bei den Herren der Rechten mehr Waffen gefunden habe als bei denen der Linken. (Hört! Hört!) Die Entdeckung der Magdeburger Spitzelzentrale hat überhaupt erst die Rechtsparteien so erbittert auf mich gemacht, daß ich nunmehr als ein Ausbund der Menschheit hingestellt werde. Ich habe damals um Verlängerung des Ausnahmezustandes gebeten, um nach Waffen suchen und die illegalen Organisationen auffheben zu können. Aber wenige Tage nach meinem Gesuch ist der Ausnahmezustand aufgehoben worden, ohne daß ich etwas davon wußte. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben sich damals gerühmt, daß sie diese Maßnahme durchgesetzt hätten. Herr Zehle muß ganz genau wissen, daß ich von dem Augenblick an nichts mehr zu sagen hatte. Dann darf man mir aber auch nicht die Schuld dafür anhängen, daß noch so viel Waffen in der Bevölkerung vorhanden gewesen wären. Im Laufe des Jahres haben sich die Dinge in der Provinz in einer Weise entwickelt, die nicht mehr schön war. Es ist

ein Verbrechen sondergleichen, das die Kommunisten begangen haben!

(Sehr richtig!) Nach dem Kapp-Putsch habe ich ein Rundschreiben an die Behörden der Provinz mit der Aufforderung zur Waffenangabe ergehen lassen. Daraufhin denunzierte mich die deutschnationale Presse, daß ich mit Spitzelorganisationen arbeite; natürlich haben die Kommunisten in dieselbe Kerbe gehauen.

Wir haben beschlossen gehabt, nur eine Polizeiaktion vorzunehmen; denn man konnte nicht ahnen, welche Mengen von Waffen sich noch unter der Bevölkerung befanden. Wir legten deshalb 3 Hundertschaften der Schupo in das Mansfelder Gebiet. (Zurufe auf der Linken: Das war eine Provokation.) Nun wird behauptet, ich hätte die Polizei zu schwach ausgerüstet. Obgleich nur jeder 3. Beamte eigentlich einen Karabiner haben soll, habe ich einem jeden eine Schußwaffe gegeben. (Zuruf links: Und Handgranaten!) Natürlich — oder dachten Sie, die Polizeibeamten würden mit Palmenwedeln kommen? (Stürmische Heiterkeit.) Wir glaubten, in einer Woche die Ruhe wiederherstellen zu können. Leider haben wir uns getäuscht. Als in Eisleben die Kommunisten das Kasernement der Schupo beschossen und diese das Feuer nicht erwiderten, hat mir und den Polizeibeamten dies die Rechte als Feigheit ausgelegt.

Ich habe mich immer und immer wieder gefragt:

Wie konnte die Bevölkerung in den Besitz von so viel Waffen kommen?

(Zurufe: Schiebung.) Wenn es nicht so viel unredliche Menschen gäbe, die Waffen und Munition kistenweise aus den Magazinen verschoben hätten, wir hätten leichtere Arbeit zu Ostern gehabt. Die Herren von der Rechten sind in dieser Beziehung die Hauptschuldigen. (Lärm auf der Rechten. Die Glocke des Präsidenten ertönt wiederholt, ehe Ruhe eintritt.) Wer erlebt hat, daß auf dem Magdeburger Bahnhof täglich Kisten mit Waffen und Munition, die an Gutsbesitzer adressiert waren, beschlagnahmt wurden, dem sind die Augen aufgegangen. Sie, meine Herren von der Rechten, sind am wenigsten dazu berufen, über das Vergehen der Regierung zu urteilen. (Unruhe rechts.)

Nun ist die Aktion glatt vor sich gegangen. Dann kam aber plötzlich der Angriff der Rechten gegen mich. Mir ist dadurch selbst erfahrene Militärs gesagt, daß selten eine Aktion mit solcher Schnelligkeit durchgeführt worden ist. Wäre ein deutschnationaler Oberpräsident, dann wäre ich in Ihren Augen heute der vornehmste und gefeiertste Mann. (Sturm auf der Rechten.) Daß es mir als Sozialisten gelungen ist, den Aufstand so schnell niederzuwerfen, können mir die Herren von der Rechten nie verzeihen.

Nur wer ein Blutbad sondergleichen veranlassen wollte, konnte den Befehl zur Einsetzung der Reichswehr geben. Ihre rechtsstehende Presse hat Ihnen gesagt: Haut gegen den Oberpräsidenten. (Zurufe von der Rechten: Das ist ja Unsinn.) Darnach haben Sie gehandelt. Ich konnte ohne die Reichswehr auskommen; aber ich bin Reichsminister Geßler dankbar dafür, daß er mir

die Reichswehr als Reserve

zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube jetzt mit gutem Herzen sagen zu können: Die Schlacht ist vorüber. Niemand bedauert es mehr als ich, daß diese Aktion notwendig wurde. Wer es heute so hinstellt, als ob die Schupo Greuel sondergleichen begangen hätte, der soll sich sagen lassen, daß die Beamten dreimal 24 Stunden Feuer gestanden haben, ohne sich zu verteidigen. Und wer sehen hat, wie die gefallenen Beamten mit ausgestochenen Augen auf der Landstraße gelegen haben, der wird verstehen, daß sie manchmal weitergegangen ist, als sie eigentlich durfte. (Sehr richtig!) Sie sind eben auch nur Menschen gewesen. Sie meine Herren von der Rechten sollten sich freuen, daß die Aktion so völlig gelungen ist. (Beifall bei den Mehrheitssozialisten.)

Der falsche Weg.

Der Irrweg, auf den die kommunistischen Phrasen die einfach und doch groß denkende Arbeiterschaft geführt haben, vollendet sich. Die Begleiterscheinungen des letzten Putsches haben vielen Tausenden die Augen geöffnet, in welchen Abgrund der von den Kommunisten eingeschlagene Weg die Arbeiter führt. Sie sind erschreckt und verstört. Alle die schönen Illusionen die von ihnen gemacht worden sind zerflossen. Nichts ist zurückgeblieben als eine ungeheure, bittere Enttäuschung. Enttäuschung über die Rücksichtlosigkeit der kommunistischen verbrecherischen Taktik, Enttäuschung über die verzerrte Aufopferung, die der Vertrauensseligkeit entgegengebracht, Enttäuschung auch über den Unwert der kommunistischen Führer. In dieser Verfassung können sich die Enttäuschten schwer wieder zurückfinden auf den einzigen, erfolgbringenden Weg, wie ihn die werktätige Bevölkerung bisher beschritten hat. Sie werden ergriffen von einer ungeheuren Gleichgültigkeit. Der Irrweg des Kommunisten vollendet sich damit.

In Gröbers, das durch zwei Verbrechen so zu trauriger Berühmtheit gelangt ist, haben fast alle Arbeiter die KPD. verlassen. Sie wollen nichts mehr mit ihr zu tun haben. Aber die Art, wie sie das ausdrücken, gestaltet sich zu einer schweren Schädigung der gesamten Arbeiterschaft, wie ja das bisher immer die Folgen der kommunistischen Hetze war. Fast alle diese Arbeiter, die die Reihen der KPD. verlassen haben, bestellten sich jetzt als geistiges Rüstzeug für ihr späteres Handeln, die „Hallischen Nachrichten", dieses allein nach kapitalistischen Grundsätzen und Ansichten geleitete Blatt. So taumeln die Arbeiter von einem falschen Weg auf den anderen.

Hier ist es die schönste und lohnendste Aufgabe unserer Parteigenossen. Hier muß eingegriffen werden. Kein Augenblick darf verpaßt werden, die von Kommunisten irregeführten Arbeiter auf das Verkehrte ihres Tuns hinzuweisen. Nicht dadurch verbessert man seine Lage, daß man von einem Extrem in das andere fällt, sondern indem man sich wieder in Reih und Glied mit denjenigen stellt, die von jeher ohne sich irre machen zu lassen, für die Interessen des gesamten arbeitenden Volkes eingetreten sind, die aber auch mit den gesunden Blick falsche Wege zu erkennen, verloren haben. Arbeiter von Gröbers! Stellt euch wieder in die Reihe derjenigen eurer Klassengenossen, die in der Sozialdemokratie gegen Ausbeutung und Unrecht kämpfen. Liest wieder die Zeitung der einzigen wirklichen Arbeiterpartei! Lest die „Volksstimme"!

Die Wittenberger Unterbezirkskonferenz.

Die Konferenz des Unterbezirkes Wittenberg-Schweinitz am Sonnabend abend war von Vertretern der Ortsgruppen Wittenberg, Kleinwittenberg-Piesteritz, Zahna, Elster, Straach, Schönewalde und Rudersdorf vertreten. Bezirkssekretär Drescher (Halle) war ebenfalls erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Ergebnis der verflossenen Wahlen" berichtete Genosse Priedenau (Piesteritz), der dasselbe als zufriedenstellend bezeichnete. In den Preußischen Landtag konnten zwei Genossen aus dem Bezirk einziehen. In den Provinziallandtag vermochten wir jedoch den Genossen Hennig nicht durchzubringen. In den Wittenberger Kreistag brachten wir drei und in den Schweinitzer Kreistag sogar vier unserer Genossen; besonders die letzteren beiden Ergebnisse übertrafen alle Erwartungen. Sehr erfreulich ist auch der Mitgliederzuwachs während der Wahl in unserem Unterbezirk; eine ganze Anzahl neuer Ortsgruppen konnten teils bereits gebildet werden, teils sind sie im Entstehen begriffen. Die Wahlpropaganda stellte ziemlich hohe Anforderungen an unserem Unterbezirk, so daß noch einige Posten zu begleichen sind. In anerkennenswerter Weise stellte unser Genosse Leon der Ortsgruppe 1000 Mark und dem Unterbezirk weitere 500 Mark zur Wahlpropaganda zur Verfügung. Als recht bedauerlich wurde es bezeichnet, daß durch die Liste des hiesigen Verbraucherbundes zu den Reichstagswahlen in Wittenberg eine Zersplitterung der sozialdemokratischen Stimmen herbeigeführt wurde. Es wurde zahlenmäßig nachgewiesen, daß mit der Wegfall der Liste des Verbraucherbundes ohne weiteres ein Mandat mehr im Wittenberger Kreistag bekommen hätten. Genosse Drescher gab hierzu noch einige Ergänzungen. Der zweite Punkt betraf Neuregulierung der Unterbezirkseinteilung. Nach einem kurzen Referat des Genossen Drescher und einer längeren anregenden Aussprache beschloß die Versammlung, es bei der jetzigen Einteilung zu belassen, bis eine wahrscheinlich in nächster Zeit erfolgende Neueinteilung der Wahlkreise stattgefunden hat. Von den vom Bezirk vorgeschlagenen Unterbezirkseinteilung Bitterfeld—Delitzsch—Wittenberg versprach man sich nur Nachteile für Wittenberg. Um aber dem Kreise Schweinitz entgegenzukommen, beabsichtigt man, sich mit Falkenberg in Verbindung zu setzen, damit einige von Wittenberg ungünstig gelegene Ortsgruppen des Kreises Schweinitz von Falkenberg aus bearbeitet werden können. Punkt 3: Wahlen. An Stelle des von ihrer verstorbenen Genossen Winter wird als stellvertretender Unterbezirksvorsitzender Genosse Kühne (Wittenberg) und an Stelle des sein Amt niederlegenden Genossen Behrens als Unterbezirkskassierer Genosse Mehl gewählt. Punkt 4. Zur Gewinnung von neuen Mitgliedern und neuen Lesern für die Volksstimme wird beschlossen, in den nächsten Tagen eine Reihe öffentlicher Volksversammlungen abzuhalten, wobei gleichzeitig die Bevölkerung über den letzten verbrecherischen Putsch der Kommunisten aufgeklärt werden soll. Zu Punkt 5: Verschiedenes, werden noch einige Vorbereitungen zur Maifeier besprochen und nachdem Genosse Schent noch über den erfreulichen Aufschwung der Jugendbewegung in Piesteritz berichtet und einige interne Angelegenheiten besprochen worden waren, schloß die Konferenz.

Schraplau. Einbruch. In der Nacht vom 13. zum 14. statteten Diebe dem hiesigen Bahnhof einen Besuch ab, wohl in der Absicht, eine volle Stationskasse vorzufinden. Sie mußten aber unverrichteter Sache wieder abziehen, denn vorsorglich wird die Kasse allabendlich geleert. Dem oder den Dieben ist man auf der Spur.

Mücheln. Oeffentliche Versammlung der SPD. Am 10. April sprach in einer stark besuchten Versammlung Reichstagsabgeordneter Gen. Krüger (Merseburg) über die politische Lage in Mitteldeutschland. Er schilderte ausführlich die Vorgänge während des Putsches, die das verbrecherische Treiben der kommunistischen Sumpfpflanzen, wie der Schneider, Lemd, Bowitzky, Kempin und auch unseres Räudittatoren von Sowjetgnaden Scheibner ins rechte Licht rückten. Die irregeführten Arbeiter haben es jetzt zu büßen. Im Schlußwort forderte Gen. Krüger sämtliche Hand- und Kopfarbeiter auf, die Einheitsfront auf dem Boden der SPD. herzustellen, denn nur unsere Partei kann die Arbeiterschaft vor völligem Niederbruche retten. Er gab dann noch bereitwilligst Auskunft über verschiedene Anfragen betreffs des Leunawerkes. Diskussionsredner meldeten sich nicht zum Wort. Man fühlte auch in dieser Versammlung, daß der kommunistische Terror gewichen war, trotzdem Angehörige dieser Partei auch stark vertreten waren. Der Erfolg der imposanten Versammlung zeigte sich in verschiedenen Neuaufnahmen, darunter auch klargewordener KPD.-Leute, die die Moskauer Blutpolitik nicht mehr mitmachen wollen. — Mitgliederversammlung der SPD. Abends fand dann eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Vereinslokale statt. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Unter anderem wurde der Beschluß gefaßt, den 1. Mai zu feiern, und mehr wie bisher an die Oeffentlichkeit zu treten. Und das mit Recht, da wir doch die bestorganisierte Arbeiterpartei am Orte sind, die die wirklichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt. Es wurde eine Maifeierkommission gewählt, bestehend aus den Genossen Eberhard, Diemel, Kotschling, Pfund und Walter. Dann wurde Stellung genommen zur Wiederaufnahme von Kommunisten in unsere Partei, es gab ein großes Für und Wider. Die irregeführten Arbeitsbrüder müssen wir wieder auffangen, sonst starken sie die Reaktion. Soviel Scharfblick und Idealismus müssen wir besitzen und dürfen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Verbrecher finden in unserer Partei natürlich keine Stätte. Unser Bestreben muß es aber sein, alle Arbeiter wieder unter das Banner der Sozialdemokratie zu vereinen. Aufgefordert wurde noch, daß sich alle Genossen recht rege an der „Volksstimmen"-Agitation beteiligen sollen.

Naumburg. Hic Rhodus — hic salda (hier ist der Platz — hier zeige deine Kunst). Keine treffliche Nutzanwendung gibt es für dieses Sprichwort als auf das „Naumburger Sowjet-Gewerkschaftskartell" von Moskaus Gnaden. Das sogenannte Kartell mußte revolutionär umgetauft werden. Es kriegte dann auch eine revolutionäre Fassade — aber das Innere war oberfaul. Nämlich — die Arbeit des Kartelles. Der Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes Kuplack, der immer den „Vernünftigen" mimt, dabei aber einen Umfall nach dem anderen erlebte, ist gegenwärtig der „neue Mann" an der Spitze des Kartells. Er war natürlich strammer KAPD.-Mann. Trat dann wohl wegen eines Winkes seiner Verbandsleitung rechtzeitig aus dieser Partei aus. In der letzten Arbeitslosenversammlung erhielt er nun Dank von denen, die ihn in den Sattel gehoben hatten. Das letzige Kartell mit seiner revolutionären Fassade, das ganz auf dem Boden der dritten Internationale steht — (dem aber schon von einigen Gewerkschaften die Beiträge gesperrt worden sind) wurde in dieser Versammlung scharf angegriffen, weil es nicht dafür gesorgt hat, daß die Arbeitslosen Notstandsarbeiten bei der Stadt verrichten konnten. Es wurde eine Kommission gewählt, die nun schleunigst das Versäumte nachholte. Der Magistrat ist dem Ersuchen beigetreten und will eine dementsprechende Vorlage in einer noch im Laufe der Woche einzuberufenden Stadtverordnetenversammlung bringen. — So verfährt man also mit dem revolutionären Kartell, das erst vor kurzer Zeit nach dem Muster von Moskau gewählt wurde. Betrogene — Betrüger. Fest steht das eine: Moskau müßte vielen seiner Anhänger neben der Geldhilfe — auch zeitweilig etwas Gehirn mitschicken. Was nützen selbst die reichsten Mittel — wenn nicht der Geist etwas dabei gewinnt.

Rothenburg. Versammlung. Sonntag abend 8 Uhr im Gasthof zur Post Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Gäste und alle Volksstimmenleser sind willkommen. Der Vorstand.

Gräfenhainichen. Sonnabend, den 16. April, abends ½8 Uhr, findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung der SPD. im Schützenhaus statt. Der Besuch der Vorstände der umliegenden Ortsvereine der SPD. und das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. Der Vorstand.

Gräfenhainichen. Achtung! Außerordentliche Mitgliederversammlung. Nach Beschluß der letzten Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 16. April, abends ½8 Uhr, im Schützenhaus eine Mitgliederversammlung mit überaus wichtiger Tagesordnung statt. Die Vorstände der umliegenden Ortsvereine Radis, Schöna, Zschornewitz, Burgkemnitz und Golpa sind herzlich eingeladen.

Volkswirtschaft.

Aus der belgischen Wirtschaft. Die belgischen Handelsblätter berichten über die Lage wie folgt: Das Kohlengeschäft geht zurzeit sehr schlecht, die Förderung ist höher als der Verkauf. Die Kohlenbestände auf den Halden nehmen großen Umfang an. Im gesamten Kohlenrevier werden jetzt zwei Tage wöchentlich gefeiert. Ferner wird berichtet, daß im Monat April ein Lohnabbau von fünf Prozent erfolgen soll. In der Eisenindustrie hat sich die Lage im Laufe der letzten Woche auch nicht gebessert. Auch hier soll im Monat April ein Lohnabbau von 5 bis 10 Prozent vorgenommen werden. Die Lage am Roheisenmarkt ist unverändert. Die Nachfrage ist gleich null, doch liegen die Preise fest. Die Lage am Halbzeugmarkt ist ebenfalls unverändert. Die Kaltwalzwerke erhielten eine Anzahl Aufträge. In Stahlprodukten hat der Konkurrenzkampf an Schärfe eingebüßt. Die Preise halten sich auf derselben Höhe wie bisher. Voraussichtlich dürften jedoch in nächster Zeit weitere Betriebe stillgelegt werden. — Ueber Belgiens Außenhandel entnehmen wir einem Bericht der Anglo South American Bank das folgende: Gegen 1919 war die Lage im abgelaufenen Jahre wenig verändert. Der Einfuhrüberschuß betrug 2463 Millionen Franken, gegen 2934 i. V., doch zeigen die Gesamtziffern eine nicht bedeutende Erholung der industriellen Tätigkeit. Die belgische Einfuhr stellte sich 1920 auf 11 171 467 000 (i. V. 5 223 047 000) Franken, die Ausfuhr auf 8 708 082 000 (2 288 836 000) Franken.

Französischer Kokspreis. Ueber die Kokspreise wurden in den letzten Tagen in Frankreich zwei sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. Der Preis für Importkoks wurde auf 125 Franken die Tonne fixiert, was als Höchstpreis gilt. Diese Maßnahme Frankreichs wird unfehlbar den Import des fremdländischen Koks — mit Ausnahme des deutschen — stark beeinträchtigen. An zweiter Stelle steht die Herabsetzung der Preise für Hochofenkoks von 115 auf 110 je Tonne.

Kleines Feuilleton.

Ein neuentdeckter Komet. Das Greenwicher Observatorium in London teilt mit, daß am 10. April der Komet Ponsminnecke wieder entdeckt worden ist. Der Komet wird die Erdbahn etwa am 11. Mai zwei Tage vor der Erde kreuzen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes besteht nicht.

Einstein und England. Der Times zufolge ist Professor Einstein von der Universität Manchester eingeladen worden, während seines demnächst stattfindenden Besuches in England an der Universität eine Vorlesung zu halten.

Das Frauenstudium in Deutschland. An den reichsdeutschen Universitäten studieren zurzeit 8000 Frauen. Das sind 200 weniger als im Vorjahre. Vor zehn Jahren studierten insgesamt etwa 2000 Frauen, und zwar in Berlin 1100, in München 700, in Freiburg und Bonn 500, in Frankfurt, in Heidelberg und Münster 400, in Breslau, Leipzig, Hamburg, Göttingen, Jena, Köln, Marburg je etwa 300, in Tübingen, Würzburg und Halle je etwa 200, in Rostock, Kiel, Gießen, Greifswald je etwa 100 und in Erlangen 69. Die Frauen wenden sich jetzt stark der Nationalökonomie und der Rechtswissenschaft zu, ebenso der Pharmazie (Apothekerkunst).

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Gräfenhainichen. Sonnabend, den 16. April, abends ½8 Uhr findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung der S.P.D. im „Schützenhaus" statt. Der Besuch der Vorstände der umliegenden Ortsvereine der S.P.D. und das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Rothenburg. Sonntag, abends 8 Uhr, im Gasthof „zur Post" Mitgliederversammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Gäste und alle Volksstimmenleser sind willkommen.
Der Vorstand

Delitzsch. Am Sonnabend, den 16. April, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Bismarck" (Kaster). In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen der Parteimitglieder gebeten.
Der Vorstand.

S.M. die Schuh-Messe bei Wiebach! Staunend billige Preise. Wiebach's Schuhwarenhaus, Kl. Ulrichstrasse 11|12.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0007

Der Todesstoß für die V.K.P.D.

Die „Rote Fahne" setzt ihr Toben, mit dem sie den Kommunistenputsch Mitte März einleitete, in genau derselben Form fort und glaubt damit viel retten zu können. Der Staatsanwalt beschlagnahmt das Blatt, er läßt ein Hochverratsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur ankündigen, er beschlagnahmt Teile der Rotationsmaschine, um den Druck des kommunistischen Tollhäuslerorgans zu verhindern; aber es nützt ihm nichts. Das Blatt erscheint doch. Es wird in den Straßen verkauft. Es wird den Abonnenten zugestellt und es wird mit der Post versandt. So entsteht ein Bild ungeheurer Betriebsamkeit, als ob die kommunistische Partei auf dem Höhepunkt ihrer politischen Tätigkeit wäre, und doch ist alles nur Schein, denn tatsächlich liegt sie schon in Agonie.

Der Staatsanwalt wird ihr allerdings nicht den Todesstoß versetzen. Im Gegenteil. Er impft ihr nur neues Scheinleben ein, aber vor ihrem Tode steht die VKPD. doch, denn sie schaukelt sich ihr Grab selbst.

Man glaubte nach dem überraschenden Rücktritt der auf dem „Vereinigungs"-Parteitag am 4. Dezember 1920 gewählten Zentrale vor einer erneuten Spaltung zu stehen, aber der sinnlose Putsch und das noch unsinnigere Gebaren nach diesem bringt die VKPD. um jedes Ansehen innerhalb der Arbeiterschaft, so daß es mit ihr wohl aus sein wird, wenn auch der Staatsanwalt vorläufig für den notwendigen Agitationsstoff sorgt.

Trotz aller großen Worte verratet die „Rote Fahne" selbst das Gefühl der Unsicherheit, in dem sich die jetzige Leitung der „Vereinigten" Partei befindet. Ueber die Sitzung des Zentralausschusses, die sich mit der Märzaktion beschäftigte, wird nur ganz kurz berichtet. Die Ausführungen Levis werden mit fünf oder sechs Zeilen abgetan. Es verwundert denjenigen nicht, der die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in der KPD. kennt. Sie waren aber auch von einer ungeheuren Gefährlichkeit für den Bestand der Partei; denn man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, daß sie sich decken mit einer Broschüre, die Levi jetzt herausgegeben hat und die vermutlich den Todesstoß für die VKPD. in ihrer jetzigen Gestalt bedeutet, und das ist das Bedeutsame, daß diesen Stoß der ehemalige Vorsitzende der Partei selbst führt.

Er schreibt in seinem Vorwort:

„Als ich diese Broschüre plante, bestand in Deutschland eine kommunistische Partei von 500 000 Mitgliedern. Als ich sie acht Tage später schrieb, war diese kommunistische Partei in ihren Grundfesten erschüttert, ihr Bestand in Frage gestellt.

Es mag als Wagnis erscheinen, in einer solch schweren Krise, in der die kommunistische Partei sich jetzt befindet, mit einer so schonungslosen Kritik zu kommen. Auch kurze Ueberlegung schon muß sagen, daß diese Kritik nicht nur nützlich, sondern notwendig ist. Das unverantwortliche Spiel, das mit der Existenz einer Partei, mit dem Leben und dem Schicksal ihrer Mitglieder getrieben wurde, muß zu Ende gebracht werden. Es muß durch den Willen der Mitglieder beendigt werden, wo die Verantwortlichen auch heute noch nicht sehen wollen, was sie getan haben. Die Partei darf nicht geschlossen Auges in Anarchismus bakunistischer Farbe hineingezerrt werden. Kann in Deutschland noch einmal eine kommunistische Partei aufgebaut werden, so verlangen die Toten in Mitteldeutschland, in Hamburg, im Rheinland, in Baden, in Schlesien, in Berlin, verlangen die vielen Tausenden von Gefangenen, die das Opfer dieses bakunistischen Wahnsinns geworden sind, so verlangen sie alle angesichts der Vorgänge der letzten Woche: **„Niemals wieder!"** Es versteht sich von selbst, daß das Wüten des weißen Schreckens nicht der Mantel sein darf, hinter dem die Verantwortlichen sich ihrer politischen Verantwortlichkeit entziehen. Und es versteht sich nicht weniger von selbst, daß das Wüten und Schimpfen gegen mich, daß sich jetzt erheben wird, kein Grund sein darf, die Kritik zu unterlassen. So wende ich mich getrost an die Mitglieder der Partei mit dieser Schilderung, die jedem das Herz zerreißen muß, der mit aufbaute, was hier zerschlagen ward. Es sind bittere Wahrheiten. Aber: „es ist Arznei, nicht Gift, was ich dir reiche!"

Wir übergehen die theoretischen Ausführungen, die Levi über das Verhältnis der Kommunisten zu den Weltereignissen und zu den anderen Arbeiterparteien macht. Beschäftigen wir uns nur mit den Einblicken, die man aus der Broschüre über den tatsächlichen Verlauf des Putsches und der Beweggründe dazu erhält. So schreibt er:

„Wie kam es zu der Aktion? Der erste Anstoß zu dieser Aktion kam nicht aus der deutschen Partei. Wir wissen nicht, wer dafür die Verantwortung trägt. Der Fall war schon häufiger, daß **Abgesandte des Exekutivkomitees über ihre Vollmacht hinausgingen,** d. h. daß sich nachträglich ergab, die Abgesandten hätten zu dem oder jenem keine Vollmachten gehabt. Wir sind also nicht in der Lage, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die Verantwortung zuzuschieben, wenngleich nicht verhehlt werden darf, daß in Kreisen der Exekutive eine gewisse Mißstimmung über die „Inaktivität" der Partei bestand. Abgesehen von schweren Fehlern in der Kapp-Bewegung konnten freilich positive Unterlassungen der deutschen Partei nicht nachgesagt werden. **Es lag also ein gewisser starker Einfluß auf die Zentrale vor, jetzt, sofort und um jeden Preis in die Aktion einzutreten."**

Um diese Aktion nun einzuleiten, die nach Levis Ansicht von außen verlangt wurde, wenn er auch die Möglichkeit zugibt, daß der Moskauer Abgesandte seine Befugnisse überschritten habe, fand am 17. März eine Sitzung des Zentralausschusses statt. Aus der Rede des Verantwortlichen, den Levi begreiflicherweise nicht nennt, nehmen wir nur die Stelle heraus, die recht kennzeichnend dafür ist, was ein kommunistischer Führer als vorhanden voraussetzt, damit seine Pläne gelingen sollen. Zunächst setzt er Spannungen in der internationalen Lage — er rechnet mit einem in Kürze ausbrechenden Krieg zwischen England und Amerika — und noch größere Spannungen in der inneren wie äußeren Politik der deutschen Republik voraus und sagt zum Schluß über die Taktik der Partei:

„Unser Einfluß wird über unsere Organisation von 4—500 000 Mitgliedern hinausgehen. Ich behaupte, daß wir heute zwei bis drei Millionen nichtkommunistischer Arbeiter im Reiche haben, die wir durch unsere kommunistische Organisation beeinflussen können, die in Aktionen, auch in Angriffsaktionen von uns, unter unserer Fahne kämpfen werden. Ist diese meine Auffassung richtig, dann verpflichtet uns dieser Stand der Dinge, daß wir den inner- und außerpolitischen Spannungen gegenüber uns nicht länger passiv verhalten können, nicht länger die außer- und innerpolitischen Dinge nur agitatorisch verwerten dürfen, sondern dann verpflichtet uns die jetzige Situation, mit Aktionen einzugreifen, um die Dinge in unserem Sinne zu ändern."

Levi behauptet nun — uns scheint nicht mit Unrecht —, daß ein Mann mit solchen Ansichten

in den Keller einer Kaltwasserheilanstalt

gehöre, aber nicht in die Leitung einer ernsthaften politischen Partei.

Nun war aber zu verzeichnen, daß diese Gesellschaft von Verrückten die noch wenigstens eine Spur von Vernunft zeigende erste Zentrale verdrängt hatten, und so ging denn am 18. März das tollhäuslerische Gebaren in der roten Fahne" los. Die Arbeiterschaft sollte durch die wüsten Aufrufe und Artikel — die bedenklich an den uns bekannten bekannten Schoiemischen Stil erinnerten — in einen sinnlosen Taumel versetzt werden, der sie von selbst in die Fänge der auf der Lauer liegenden Reaktion trieb. Dadurch hoffte man die anderen Millionen Arbeiter mit aufzureizen und auch die Sipo und das Militär zum Dreinschlagen zu kriegen. Aus dem so entstehenden Durcheinander sollte sich dann von selbst der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse entwickeln.

Dieses Bild zeichnet Levi treffend, er führt dazu folgende Auslassungen eines anderen Diskussionsredners aus jener Sitzung an. Sie lauten:

„Wir haben jetzt von Partei wegen die Offensive zu übernehmen, zu sagen, wir warten nicht, bis man an uns herankommt, bis wir vor Tatsachen stehen; wir wollen, soweit das an uns ist, diese Tatsachen schaffen. Wir können die Verwicklungen außerordentlich verschärfen dadurch, daß wir **im Rheinland die Massen zum Streik führen, die die Differenzen zwischen der Entente und der deutschen Regierung außerordentlich verschärfen müssen ...**

... in Bayern liegen die Dinge so, wie sie gelegen haben lange Zeit in Deutschland, daß wir warten mußten, bis der Angriff von der anderen Seite kam. Was ist unsere Aufgabe in dieser Situation? **Wir haben durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, daß dieser Ausbruch kommt, wenn es sein muß, durch Provokation der Einwohnerwehren ..."**

Doch auch das zurückhaltende Benehmen der Sicherheitspolizei behagte den mit solchen Absichten umgehenden Kommunisten nicht. Man will dazu übergehen, die Beamten zu reizen. Levi führt dazu den Ausspruch eines Redners an, der sagte:

„Wir sind der Meinung, daß bei einer intensiven Propagandatätigkeit die **Ruhe, mit der sich die Sipo bewegte, verloren gehen wird und so die Arbeiterschaft gereizt wird,** die heute in unserem Kampf nicht erfaßt wird."

Der gleiche Redner sagte späterhin — das war am 30. März, als die Aktion schon längst verloren war —:

„Wir müssen versuchen, einen geschickten Rückzug anzutreten, **Konflikte erzeugen, die Sipo reizen, alle konterrevolutionären Elemente zu reizen.** Wenn es uns gelingt, mit diesen Mitteln die Bewegung zu erzeugen, wird es zu Zusammenstößen kommen ..."

Mit Recht brandmarkt Levi das Gebaren dieser „verantwortlichen Redner" und das Verhalten der „Roten Fahne" mit ihren blutrünstigen Aufrufen als bakunistisch und schließlich kommt er wieder zurück auf den Ursprung der Aktion:

„Die Aktion, **die entstanden war in einem Kopf, der zudem keinen blassen Schimmer hat von deutschen Verhältnissen,** und die politisch vorbereitet und **geführt war von politischen Kindsköpfen,** hatte die Kommunisten allein gelassen."

Hart verspottet Levi die heuchlerische Methode der „Roten Fahne" — die am 20. März die unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter zur Mithilfe aufrief —, indem er sagt:

„Man denke sich, für die unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter lag in dieser Situation kein Grund zu einer Aktion vor. Der geniale Kopf der die Aktion ersonnen, war ihnen unbekannt, ein Beschluß der Kommunistischen Partei war für sie kein Ereignis, das sie, ohne daß sie eine Begründung kannten, in eine Aktion riß, und wir vermuten: hätten sie die Begründung gekannt, so würde ihr Wille zur Aktion nicht größer geworden sein. Man verstehe: Diesen Arbeitern, die der Aktion völlig verständnislos gegenüberstanden, stellt man als **Bedingungen** dafür, daß sie mitmachen dürfen, die, daß **sie möglichst ihre bisherigen Führer an die Laterne knüpfen."**

Levi nennt schließlich den Märzputsch von 1921 den „größten Bakunistenputsch der bisherigen Geschichte" und kommt zu dem Resultat, daß die Zentralleitung der Partei sie vereinsamt hätte, so daß sie nicht sagen kann: „Weg mit der Regierung", sondern zunächst sich bescheiden und sagen müsse: „Weg mit den Putschisten!"

Der eigentliche Zweck seiner Schrift ist aber augenscheinlich eine Abrechnung mit der russischen Beeinflussung der deutschen Kommunisten. Er behauptet, daß das Exekutivkomitee zwar die besten Absichten habe, aber keine Möglichkeit, sie in die Praxis umzusetzen. Die Exekutive schicke nach Westeuropa sogenannte Vertrauensleute. Das seien aber nicht immer die besten Kräfte.

„So wird Westeuropa und Deutschland zum **Versuchsfeld für allerhand Staatsmänner** im Duodezformat, von denen man den Eindruck hat, daß sie hier ihre Künste entwickeln wollen. Ich habe nichts gegen die Turkestaner und wünsche ihnen nichts Böses, aber ich habe oft den Eindruck, diese Kräfte würden bei ihren Kunststücken dort weniger Schaden anrichten."

Wer lesen kann, der liest! Paul Levi hat diese enge Verbindung der deutschen Kommunisten mit den „Turkestanern" selbst herbeigeführt. Jetzt teilt er unter allerhand Vorsichtsmaßnahmen der Welt die Wahrheit mit, daß die blutigen Opfer von Mansfeld, Hettstedt usw. zurückzuführen sind auf den Rat dieser „Turkestaner" und auf die Leitung von „politischen Kindsköpfen", die in der VKPD. eine Rolle spielen. Sollten die kommunistischen Arbeiter da nicht endlich den eisernen Besen ergreifen, um dem Wege ins Verderben zu entrinnen.

Es ist tatsächlich das Bild von Tollhäuslern, das uns Levi hier entrollt hat. Um das Maß aber voll zu machen, um die politische Verranntheit jener Leute noch weiter zu kennzeichnen, führen wir noch an, was ein Blatt, das noch links von den Kommunisten steht, der „Syndikalist", schreibt:

„Sprechen wir zunächst einige Wahrheiten aus, die von allen Arbeitern anerkannt werden müssen, wenn sie auch in vielen Parteien und Gewerkschaften zersplittert sind: Noch niemals lebte die deutsche Arbeiterschaft unter so verhältnismäßig freien politischen Verhältnissen wie in den letzten Monaten. Versammlungs- und Preßfreiheit waren geradezu unbeschränkt. Deutschland war das Land der flüchtigen Revolutionäre aller Länder geworden. Sie konnten sich hier unbehelligt bewegen. Und wenn wir auch in Deutschland bisher kaum die Anfänge einer politischen oder gar einer wirtschaftlichen Revolution zu verzeichnen hatten, so müssen wir dennoch feststellen, daß eine so starke geistige Revolution wohl kaum in irgendeinem Lande der Welt zu verzeichnen ist."

Mit dieser ehrenden Anerkenntnis für das, was die sozialdemokratische Arbeiterschaft geschaffen hat — denn daß diese vom „Syndikalist" hervorgehobenen Zustände in Deutschland noch bestehen, ist allein das Verdienst der Sozialdemokratie und ihrer Führer —, wollen wir es genug sein lassen, unverbesserlich aber sind die Kommunistenführer, wie die Rede von Eberlein im preußischen Landtag bewiesen hat.

Aus aller Welt.

Großer Waldbrand.

Hindenburg, 14. April. Seit Mittag wütet in dem fürstlich Donnersmarckschen und dem fiskalischen Forst zwischen Hindenburg und Makschau ein großer Waldbrand, der bei dem herrschenden Westwind einen solchen Umfang annahm, daß, wie der „Oberschlesische Wanderer" meldet, unübersehbare Waldbestände dem Brande zum Opfer fielen. Sämtliche Orts-, Werks- und Grubenfeuerwehren des Kreises Hindenburg, sowie die französische Besatzung von Hindenburg befinden sich an der Brandstelle, um ein weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhüten. In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Feuerwehr auf die Erhaltung der unmittelbar nahe der Brandstelle befindlichen Gruben des Delbrückschachtes und der Didogrube beschränkt, da bei dem furchtbaren Qualm dem Feuer zurzeit nicht beizukommen ist. Wie verlautet, sollen infolge des Qualms mehrere Feuerwehrleute und Helfer erstickt sein. Der Schaden beziffert sich schon jetzt auf mehrere Millionen Mark

Apolda, 15. April. (L. A.) Schreckliche Bluttat.) In Pöthen erschoß der Landwirt Wohlgezogen sein achtjähriges Enkelkind, verletzte seine Schwiegertochter am Kopfe schwer und erschoß sich darauf in der Scheune, nachdem er diese vorher noch in Brand gesteckt hatte.

Jugendbewegung.

„Der Aufbruch". Festspiel in 2 Teilen für die Arbeiterjugend von E. R. Müller. Jugendverlag „Biene", Magdeburg, Gr. Münzstr. 3, Volksstimmenhaus. Preis 3 Mk. Das Aufführungsrecht wird durch den Ankauf von 10 Exemplaren erworben. Der Verfasser hat der Arbeiterjugend schon einige Bühnenspiele gegeben. Im Vorwort zu seinem fröhlichen Stück „Spielmanns Schulo" sagt er, es gelte die törichte Theaterverachtung aus der Jugendbewegung auszuschalten, der Jugend Spiele zu geben, die echtes Jugendleben zur Entfaltung bringen. Im „Aufbruch" sucht er dieses Ziel in besonderer Art zu erreichen. Es ist kein Jugendspiel im eigentlichen Sinne. Hier steigt eine Linie auf zu einer tief gefühlten und heiß erkämpften Lebensauffassung junger und alter Sozialisten. Das Stück erhebt sich in seinem Ideengehalt und seiner Gestaltung weit über das Liebhaber- und Vereinstheater. Volk wirkt in dem Stück, Stimmung waltet darüber, aus tiefen Quellen des Volksempfindens und der Jugendlust steigen funkelnde Perlen auf. Stücke dieser Art lassen die Hoffnung aufblühen, daß durch unsere Jugend das Volksspiel, neu belebt, ein wertvolles Element neuer Geselligkeit wird. Zum 1. Mai und zu Frühlingsfeiern der Arbeiterschaft wird es kein geeigneteres Stück geben.

Vermischtes.

Einhundertfünfzig Jahre alt. Die englische Presse weiß aus Konstantinopel von einem 150 Jahre alten Manne zu berichten, der, wenn die Angaben stimmen, wohl als der älteste Mensch der Welt anzusehen ist. Torah ein Kurde, der also vor 150 Jahren geboren wurde, war bis zu seinem 80. Lebensjahre Lastträger, zog sich dann von seiner schweren Tätigkeit zurück, um von öffentlichen Unterstützungen sein Leben zu fristen. Die türkische Regierung hat ihm jetzt besondere Vergünstigungen verschafft. Ist er auch schon reichlich klapprig, so kann man ihn doch keineswegs verbraucht nennen, jedenfalls entwickelt er einen beneidenswerten Appetit für Süßigkeiten. Das Gedächtnis läßt ihn allerdings meist im Stich, und die verschiedenen Jahrhunderte seines Lebens kann er nicht recht mehr auseinanderhalten.

Von wilden Elefanten überfallen. Eine Herde wilder Elefanten hat türzlich eine Eisenbahnstation überfallen und dort das furchtbarste Entsetzen hervorgerufen. Der Stationsvorsteher des kleinen Dorfes Ayer Hitam in den Wäldern von Panang im Malaischen Archipel hörte plötzlich ein lautes Trompeten hinter seinem Hause. Als er herausah, bemerkte er eine Anzahl von wilden Elefanten, die in seine Küche eindrangen. Sie zerstörten ihm das ganze Haus, indem sie mit der Gewalt ihrer Leiber die Wände niederrissen, und setzten ihr Vernichtungswerk in den nahegelegenen Arbeiterhäuschen fort. Die Arbeiter kletterten voller Angst auf die Bäume, aber die Elefanten folgten ihnen und traten dabei ein eis. Gitter nieder, wie wenn es ein Zaun von Streichhölzchen wäre. Ein Elefant ergriff eine große Brückenwage und wollte sie zum Andenken mit fortschleppen; als sie ihm aber zu schwer war, warf er sie auf die Schienen. Ein anderes Tier fiel in einen Brunnen und hatte sich so gefangen. Der Stationsvorsteher telegraphierte um Hilfe, aber bevor diese anlangte, war die wilde Herde, nachdem sie alles in Grund und Boden gestampft hatte, bereits wieder in den Wäldern verschwunden.

Literatur.

Sämtliche hier angezeigte Bücher und Schriften können, wie überhaupt jedes andere Buch, durch die Buchhandlung der „Volksstimme" Gr. Ulrichstraße 27 bezogen werden.

Natur. Illustrierte Halbmonatsschrift für Naturfreunde. Aus dem soeben erschienenen Heft 13 heben wir folgende Beiträge hervor: Die Leistungen der natürlichen und künstlich erweiterten Sinne, von Dr. H. Hagemann. Hamark von Dr. Hans Heller. Astronomisches im Mai 1921 von Dr. Arthur Krause. Der Lebenslauf des Kieselzellenwicklers von W. von Garvens-Garvensberg.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Billige Salzheringe aus Reichsbeständen bietet die Salzherings-Einfuhr-Gesellschaft in einem heute veröffentlichten Inserat an, worauf hiermit besonders hingewiesen sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210415-10/fragment/page=0008